

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 94

MÄRZ/APRIL 1992

50 Pfennig

Moskau: Jelzin hetzt Polizei auf Demonstranten Sowjetunion am Scheideweg



dpa/Kornejew

Am Tag der Sowjetarmee in Moskau: Milizen wurden für eine Provokation gegen prosowjetische Demonstranten mobilisiert. „Weißer Zar“ Boris wollte neuen Blutsonntag. Weg mit der Jelzin-Regierung!

Mehr als 12000 Mann Miliz und OMON-„Anti-Verbrecher“-Eliteeinheiten in Kampfmotoren wurden in Moskau gegen eine Demonstration ins Feld geführt, die am 23. Februar zur Feier des Tages der sowjetischen Armee stattfand. Als die Demonstranten versuchten, durch die Polizeibarrikaden zu marschieren, die das Stadtzentrum abriegelten, stürmten Bullen mit Schlagstöcken auf sie los. Ein 16 Jahre alter Jugendlicher, der auf einem Lkw stand und eine rote Fahne mit Lenins Porträt schwenkte, wurde auf besonders brutale Weise verprügelt. „Ich habe dort gestanden, weil ich den Kommunismus und Lenin unterstütze“, sagte er. Ein Demonstrant, der 71jährige sowjetische Generalleutnant a. D. Nikolai Peskow, starb, nachdem er von Polizisten getreten worden war.

Zwar blieb die Teilnehmerzahl in der Reihe von Demonstrationen in Moskau seit den Preiserhöhungen vom 2. Ja-

nuar auf einige Zehntausende beschränkt, doch wächst in der sowjetischen werktätigen Bevölkerung zunehmend die Unruhe und Verzweiflung angesichts der exorbitanten Preiserhöhungen und des Lebensmittelmangels. Die Produktion geht in den Keller, im Januar fiel sie insgesamt um 17 Prozent, bei Stahl sogar um 27 Prozent. Das offene Zurschaustellen von Macht am 23. Februar war eine bewußte Provokation des russischen Präsidenten Boris Jelzin und des Moskauer Bürgermeisters Popow mit dem Ziel, die gesamte sowjetische werktätige Bevölkerung einzuschüchtern.

Zum ersten Mal seit dem vermurksten stalinistischen Putsch und Jelzins proimperialistischem Gegenputsch im letzten August haben die kapitalistisch-restaurativen Kräfte Blut auf den Straßen Moskaus vergossen. Ein Moskauer Pro-Jelzin-Fernsehkommentator fühlte sich gezwungen,

Fortgesetzt auf Seite 15

**Bildet Arbeiter- und Soldatenräte,
um die kapitalistische Restauration zu stoppen!**

Briefe

Verteidigt Kielhorn und Bögelein!

Das Komitee für soziale Verteidigung ruft zu Protesten gegen den Schauprozess gegen die beiden Antifaschisten Karl Kielhorn und Gerhard Bögelein auf, die in der SPD-Hochburg Hamburg vor dem Landgericht stehen (siehe Spartakist Nr. 92, Januar). Schickt Protestbriefe und -telegramme an das Hamburger Landgericht, Große Strafkammer 22, Richter Diethelm Erdmann, Sievekingsplatz 3 (Strafjustizgebäude), W-2000 Hamburg 36! Weg mit den Anklagen! Wir drucken hier einen Leserbrief an die UZ, Zeitung der DKP, ab, der dort bisher nicht veröffentlicht wurde.

Kiel, 15. Februar 1992

Liebe Genossinnen, liebe Genossen!

Wie heute nachmittag am Telefon besprochen, sende ich Euch die Abschrift eines Artikels zum Prozeß gegen Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn an die UZ.

Mit sozialistischen Grüßen!

Ernst D.

Vom Komitee für soziale Verteidigung Hamburg (KfSV) erfuhr ich:

Seit 18. Dezember 1991 läuft vor der 22. Strafkammer des Landgerichts Hamburg ein Prozeß gegen 2 Antifaschisten: Gerhard Bögelein und Karl Kielhorn. Sie werden beschuldigt, am gewaltsamen Tod des kriegsgefangenen faschistischen Blutrichters Erich Kallmerten im Kriegsgefangenenlager Klaipeda (Sowjet-Litauen) schuldig zu sein.

Ich kenne Klaipeda, den Antifaschisten Karl Kielhorn und den „Fall Kallmerten“ aus meiner damaligen Arbeit dort. Ich schrieb in der UZ Nr. 172 vom 5. August 1983 darüber.

Doch der Reihe nach: Kallmerten war ein Altnazi, Jura-student und SA-Mann. Im Frühjahr 1933 war er an der Ermordung des sozialdemokratischen und jüdischen Kieler Bürgervorstehers bzw. Stadtordnungsvorsitzenden, des Rechtsanwalts Spiegel beteiligt. Das Bild Spiegels hängt im Kieler Rathaus in der Reihe der Kieler Bürgermeister,

Oberbürgermeister, Stadtpräsidenten u.s.w. Unter dem Bild Spiegels im Kieler Rathaus steht: „Dr. Wilhelm Spiegel. 1911–1933 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, 1919–1924 Stadtverordnetenvorsteher.“

Für diesen Mord wurde von der faschistischen Justiz kein Beteiligten zur Rechenschaft gezogen! Im Gegenteil: Kallmerten avancierte, wurde Kriegsrichter und reihte sich in deren Blutlinie ein. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion trieb er sein Unwesen im Bereich der Heeresgruppe Nord, später „Kurlandbrückenkopf“ unter dem Befehl des Kriegsverbrechers Foertsch, der von sowjetischen Militärgerichten zu 25 Jahren Haft wegen besonders schwerer Kriegs- und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurde, 1955 als Nichtamnestierter der BRD-Regierung übergeben und dann – Generalinspekteur der Bundeswehr wurde!

Auf Kallmertens Blutkonto geht das Todesurteil an 100 sowjetischen Partisanen und vieler deutscher Soldaten, die sich der aussichtslosen Lage im Kurlandbrückenkopf bewußt waren.

Dieser Mann kam eines Tages ins sowjetische Kriegsgefangenenlager 57 in Klaipeda. Die sowjetischen Untersuchungsorgane ermittelten gegen ihn. Mitgefängene, denen er in der faschistischen Armee übel mitgespielt hatte, erkannten ihn und übten Selbstjustiz. Die sowjetische Lagerleitung mißbilligte dieses Tun. Aber da sehr viele Nazi- und Kriegsverbrechen aufgeklärt werden mußten, hatte der „Fall Kallmerten“ seinen Abschluß gefunden.

Nach 44 Jahren verbeißt sich nun die Bundesjustiz in diese Sache auf Grund der Aktenschnüffelei und Stasi-Hysterie! Da paßt es den Sozialistenfressern und Antikommunisten wunderbar in den Kram, einen Überläufer zur Sowjetarmee (Gerhard Bögelein), der Schulter an Schulter mit Sowjetsoldaten half, seine Heimat vom Faschismus zu befreien und einen Leiter eines Antifaaktivs (Karl Kielhorn), der in mühevoller Kleinarbeit half, Klarheit in den Köpfen seiner Landsleute zu schaffen und darüber durch Schaffung vorbildlicher Kultureinrichtungen das Leben erträglich zu gestalten, in die Nähe eines Mörders zu rücken! Untadelige Antifaschisten sollen diffamiert werden, nicht aber der Nazimörder posthum verurteilt werden. Dagegen muß man beim genannten Gericht protestieren.

Zum Kampf der SpAD gegen Hexenjagd

In den letzten Wochen erhielt die Spartakist-Redaktion eine Reihe von Leserbriefen zur antikommunistischen Hexenjagd. Nachfolgend veröffentlichen wir Auszüge aus zwei Briefen. Auf Seite 24 dieser Ausgabe ist ein ausführlicher Artikel zu diesem Thema abgedruckt, der auch auf Fragen und Kritik aus den Leserbriefen antwortet.

Augsburg, den 4. Januar 1992

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ihr mutiger Aufruf vom 13. Dezember 1991 („Spartakist 4“) zugunsten von Erich Honecker und seinen Getreuen ist auf Umwegen (Berlin/Erlangen/Tauplitz[Steiermark]/München/Augsburg) heute zu mir gelangt.

Als (leider anstellungsloser) Osthistoriker glaube ich, die DDR-Geschichte kompetent beurteilen zu können und beobachte deshalb mit machtlosem Gram, wieviel Unrecht gegenwärtig den einst leitenden SED-Persönlichkeiten wi-

Fortgesetzt auf Seite 20

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Marianne Clemens, Toralf Endruweit,
Michael Jäger, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes (Produktion), Jan Norden,
Max Schütz (verantwortlicher Redakteur), Kurt Weiss,
Fred Zierenberg
VERTRIEB: J. Pfeiffer

Presserechtlich verantwortlich: C. Rosen, 2000 Hamburg 74
Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH
Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11, Fax (0 40) 33 01 54
Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51, Fax (0 30) 4 91 14 79
Redaktion Spartakist: Tel. Westberlin 4 91 45 48, Korrespondenz über Verlagsanschrift
Abonnement (10 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-801, Postgiroamt Frankfurt/Main, BLZ 500 100 80
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430



Martha Phillips

10. März 1948 – 9. Februar 1992

Unsere geliebte Genossin Martha Phillips starb am 9. Februar in Moskau. Als Berufsrevolutionärin und als Unterstützerin der trotzkistischen Politik der Spartacist-Tendenz (Internationale Kommunistische Liga) seit 20 Jahren lebte und arbeitete Martha zum Zeitpunkt ihres Todes als Englischlehrerin in Moskau. Als führender Kader unter den Genossen, die daran arbeiten, das revolutionäre Programm von Lenin und Trotzki in seinem Ursprungsland wieder zu verwurzeln, beteiligte sich Martha an dem entscheidenden Kampf, dessen Ergebnis noch in der Schwebe ist. Ihr Tod ist ein schwerer Schlag für die zukünftige sowjetische Sektion der IKL und eine niederschmetternde Tragödie für viele in unserer Partei, die ihr nahe standen. Unser Mitgefühl gilt auch Marthas Familie, den Greenbergs, Jeff und ihrem Sohn Lael, den sie sehr innig geliebt hat.

Martha wurde zusammen mit einer Reihe anderer Genossen aus der linken Opposition innerhalb der Socialist Workers Party (SWP), der Proletarian Orientation Tendency/Leninist Faction (Tendenz proletarische Orientierung/Leninistische Fraktion), zur Spartakist-Politik gewonnen. Sie wurde von der SWP ursprünglich als Studentin in Madison, Wisconsin, rekrutiert und lebte in Washington, D.C., als sie und andere begannen, in der Spartacist League/U.S. die Verkörperung des authentischen trotzkistischen Programms zu sehen. Nachdem sie in der Leninistischen Fraktion für ihre Ansichten kämpften, schlossen sie sich im November 1972 formell der SL/U.S. an. Diese Umgruppierung legte die Grundlage, um während eines Zeitraums von mehreren Jahren weitere Genossen aus der amerikanischen SWP und ihren zeitweiligen internationalen Verbündeten zu gewinnen.

1972 zog Martha in die Bay Area (Oakland, San Francisco) und übernahm ihre erste Parteifunktion als Organisatorin der dortigen Revolutionary Communist Youth (Revolutionäre Kommunistische Jugend). Sie verbrachte den größten Teil ihres politischen Lebens als Genossin der SL/U.S. der Bay Area, darunter eine Zeit lang als Organisatorin der Partei. Sie verbrachte außerdem kürzere Zeiten in Los Angeles (1973–74), Detroit (1981–82), New York (1982–83) und Seattle (1987). Sie war immer eine der wirkungsvollsten Aktivistinnen an den Universitäten, und sie arbeitete als Partei-Vertreterin in Studentengruppen und als Partei-Ausbilderin auch eng mit jungen Genossen zusammen. Als machtvolle Sprecherin und Polemikerin führte sie die Partei in zahlreichen Kampagnen. Sie war Sparta-



Spartacist

kist-Kandidatin für den Stadtrat von Oakland bei den Wahlen im Frühjahr 1983.

Während ihres ganzen Lebens war Martha als Kämpferin für die Frauenbefreiung engagiert und widmete sich aufmerksam allen Fragen der besonderen Unterdrückung, und sie war stark an der Gründung der Bay Area Labor Black League for Social Defense (Liga der Arbeiter/Schwarzen für soziale Verteidigung) beteiligt. Sie nahm aktiv an Kampagnen des Partisan Defense Committee teil (einer klassenkämpferischen Organisation für die rechtliche und soziale Verteidigung in Übereinstimmung mit den politischen Ansichten der SL/U.S.) und war einer seiner Sprecher. 1982 half sie bei der Organisierung der kämpferischen Massendemonstration am 27. November, die den Ku Klux Klan daran hinderte, durch Washington zu marschieren, und sie stand bei dieser erfolgreichen Aktion in vorderster Reihe.

Im Herbst 1990, nachdem sie einige Jahre lang in ihrer Freizeit mit großem Eifer Russisch gelernt hatte, ging sie für

einen Intensiv-Sprachkurs nach Moskau. Obwohl die meisten der Sprachschüler deutlich besser vorbereitet und halb so alt waren, und während Martha eine Menge an politischer Aktivitäten zu bewältigen hatte, arbeitete sie intensiv an ihrem Studium und schnitt bei diesem Kurs glänzend ab. Ihre Fortschritte ermöglichten es ihr, im Mai 1991 nach Moskau zurückzukehren und eine Stelle als Englischlehrerin anzunehmen. Martha war eine engagierte Lehrerin, die alles benutzte, was sie in der Politik und in ihrem Leben gelernt hatte, um das Interesse ihrer Schüler zu wecken. Deren Geschichten wie auch ihre eigenen Erfahrungen in Moskau belebten die Briefe, die sie ihren Genossen in den USA schrieb.

Im Juli 1991 überbrachte Martha einer Moskauer Arbeiterkonferenz eine Grußadresse der IKL. In ihren Bemerkungen (siehe *Spartakist* Nr. 89), suchte sie aufzuzeigen, was die kapitalistische Restauration für die Werktätigen der Sowjetunion bedeuten würde, und sie wies eine kämpferische Perspektive des Kampfes für die proletarische politische Revolution, um die Sowjetunion zu dem internationalistischen Programm zurückzuführen, das die Oktoberrevolution 1917 mit Leben erfüllt hat. Sie wandte sich scharf gegen den Antisemitismus, der das Milieu der stalinistischen „Patrioten“ durchzieht.

Nach ihrer Rückkehr nach Moskau schrieb Martha einige Punkte für ein Plenum des SL/U.S.-Zentralkomitees nieder, das im Oktober 1991 abgehalten wurde. Sie ver-

Fortgesetzt auf Seite 4



Spartakist

Berlin-Friedrichsfelde, Gedenkstätte für die Sozialisten, 16. Februar: an den Gräbern von Rosa und Karl gedachten die Spartakisten ihrer geliebten Genossin Martha Phillips

Martha Phillips...

Fortsetzung von Seite 3

wahrte sich scharf gegen „jegliche Tendenzen, die Sowjetunion im voraus abzuschreiben“ und faßte ihre Beobachtungen während des erfolgreichen Gegenputsches von Jelzin gegen den halbherzigen Putschversuch der sogenannten „Hardliner“ zusammen:

„Ohne aktiven Widerstand der Arbeiterklasse gibt es sicherlich keine Doppelherrschaft in dem Sinn, wie sie 1917 existiert hat. Trotzdem finden alle politischen Manöver hier unter etwas statt, was ich in Ermangelung eines besseren Begriffs den ‚Schatten der Arbeiterklasse‘ nennen würde – d. h. es ist kein Zufall, daß die ‚Demokraten‘ es nicht geschafft haben, die Situation fest in den Griff zu bekommen, daß sie nicht noch frecher die Lage nach ihrem leichten Sieg vom August kontrollieren. Sie haben Angst vor den ‚finsternen Massen‘ – was passieren wird, wenn sie zu weit getrieben werden. Also hat es eine Menge an halben Maßnahmen gegeben...“

Wahrscheinlich ist es in *Verteidigung des Marxismus*, wo Trotzki den Punkt macht, daß die Terminologie des Arbeiterstaates ein Versuch ist, die widersprüchliche Realität so gut wie möglich zu beschreiben. Meine beste Annäherung daran ist, daß Jelzin ein instabiles bonapartistisches Regime errichtet hat über das, was vom Arbeiterstaat übrigbleibt. Die Bourgeoisie versucht, ihre Gewalt über den zerrütteten Apparat des Arbeiterstaates zu befestigen. Trotzdem ist diese Befestigung weit von der Vollendung entfernt... Grüße von der trotzkistischen Gruppe der Sowjetunion.“

Martha hat sich in ihrem Leben vielen Hindernissen gegenübergesehen, aber keines war größer als der Kampf, in Moskau als Kommunistin zu fungieren, als Amerikanerin jüdischer Abstammung, und als Frau angesichts der penetranten gesellschaftlichen Rückständigkeit gegenüber Frauen als politischen Menschen und Führern. Sie begegnete dieser Herausforderung mit Mut, Intelligenz, Humor und unerschütterlicher Entschlossenheit, wie es für sie charakteristisch war, bis ihr Leben plötzlich brutal beendet wurde.

Martha wurde ermordet. Als Genossen am Morgen des 9. Februar, dem Tag der letzten großen Demonstration gegen Jelzin, in die Wohnung gingen, in der Martha wohnte, fanden sie sie dort, scheinbar im Schlaf gestorben. Zwar war sie vor kurzem durch eine Nierenfunktionsstörung ziemlich krank, aber ihr Tod erschien medizinisch

unerklärlich, da sie sich auf dem Weg der Besserung befand. Inmitten ihrer Erschütterung und Trauer verlangten die Genossen eine Autopsie, die, als sie schließlich durchgeführt wurde, ergab, daß sie erstochen wurde. Zum jetzigen Zeitpunkt kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, daß dieses grauenhafte Verbrechen politisch motiviert gewesen sein könnte. Die Moskauer Miliz führt Ermittlungen durch, bei denen unsere Freunde und Anhänger in Moskau kooperieren.

Viele bewegende Mitteilungen von Genossen, die Martha kannten und sie sehr geliebt und geschätzt haben, sind bei der SL/U.S. eingegangen, wir werden Auszüge daraus in einer zukünftigen Ausgabe unserer Zeitung veröffentlichen. In den USA sind formelle Zusammenkünfte zu ihren Ehren in der Bay Area und in New York geplant. Weitere Sektionen der IKL planen eigene Gedenkveranstaltungen, in denen wir ihr Leben in der kommunistischen Bewegung ehren, uns von neuem den Zielen verpflichten, die sie hochgehalten hat und für die sie mit all ihrer Intelligenz und ihrer Energie gekämpft hat, und um die Erschütterung und den Schmerz über unseren unwiederbringlichen Verlust zu bewältigen.

Genossen in Mexiko City planen, Martha zu Ehren rote Nelken an Trotzki's Grab in Coyoacán niederzulegen. Die französische Sektion der IKL wird sich im Gedenken an Martha bei Leo Sedows Grab vor den Toren von Paris versammeln. Am 16. Februar hielten die Genossen der SpAD für sie eine Gedenkveranstaltung an der Gedenkstätte für Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin-Friedrichsfelde ab. Bei der Versammlung am 15. Februar am Grab von Karl Marx in London sagte ein Sprecher der Spartacist League of Britain den versammelten Genossen:

„Wir sind heute hier zusammengekommen, um Martha Phillips zu ehren, die in Moskau an der Frontlinie des dringend notwendigen Kampfes gegen die Konterrevolution starb. Bei ihrer Arbeit dort, bei den vielen Gelegenheiten, bei denen sie gefragt wurde, warum die Internationale Kommunistische Liga in der UdSSR ist, erklärte Martha, daß die Sowjetunion die Geburtsstätte unseres Programms ist, daß die Russische Revolution tatsächlich den Arbeitern der ganzen Welt gehört und daß wir heimkommen, um für die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution zu kämpfen. Für uns Trotzkisten ist die Sowjetunion nie ein fremdes Land gewesen, und es ist wahr, wenn wir sagen, daß Martha in ihrem Heimatland starb.“

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 545, 21. Februar

ARBEITERPRESSEKORRESPONDENZ

Hamburg: Stoppt die Schändung des jüdischen Friedhofs!

Am 5. März nahmen die orthodoxen Trotzisten der SpAD und das Komitee für soziale Verteidigung an einer Kundgebung in Hamburg-Altona teil, bei der orthodoxe Juden aus vielen Ländern gegen die Schändung des 400jährigen jüdischen Friedhofs in Hamburg-Ottensen protestierten. 1939 wurde die jüdische Gemeinde von Hitler zwangsenteignet, der Friedhof dem Erdboden gleichgemacht, die Grabsteine zum Bunkerbau vor Ort verwendet. 1951 wurde das Gelände von der von den Alliierten eingesetzten „Jewish Trust Company“ (Treuhänd-Gesellschaft!) an Hertie verkauft. Hertie (seit 1933 „arisiert“) will jetzt sein altes Kaufhaus abreißen, das nur auf einem kleinen Teil des jüdischen Friedhofs steht, und ein riesiges Einkaufszentrum bauen.

Als Teil der moralischen Wiederaufrüstung verbreitet der selbsternannte Nachfolgestaat des Dritten Reichs seine eigene Version der „Auschwitz-Lüge“. Das KZ Neuengamme wurde in Gefängnisse umgewandelt, auf der Gedenkstätte des ehemaligen Frauen-KZ Ravensbrück wird ein Supermarkt gebaut, und für Sachsenhausen war ein Finanzamt geplant. Für die deutschen Kapitalisten, die ihr Viertes Reich wieder „judenrein“ machen wollen, verhängte der Berliner SPD-Senat im September 1990 einen Einreisestopp für sowjetische Juden. Die SpAD organisierte eine Protestdemonstration dagegen. Jetzt fühlen sich Nazibanden ermutigt, sozialistische, antifaschistische und jüdische Mahn- und

Gedenkstätten zu schänden. So sollen die Zeugnisse jüdischen Lebens und Leidens ausgelöscht werden, die die Nazis wegen des Sieges der Roten Armee nicht zerstören konnten.

Die neuerliche Schändung des jüdischen Friedhofs in Ottensen hat wachsende internationale Proteste hervorgerufen, obszönerweise auch vom amerikanischen Außenministerium, das seinen eigenen „Judenstopp“ verhängt hat, und von seinem zionistischen Klientenstaat, der die Verbrechen des deutschen Imperialismus dazu benutzt, Israels Terror an den Palästinensern zu rechtfertigen. Die protestierenden Juden haben unsere Solidarität zur Kenntnis genommen, wollten aber „nichts mit Kommunisten zu tun haben“, weil wir Israel als Todesfalle für Juden bezeichnen und den Abzug Israels aus den besetzten Gebieten fordern.

Immigrierte Arbeiter, Rentner und Schüler, die wir bei dem Protest trafen, hatten Interesse an unseren Losungen: Arbeiterbewegung muß die Schändung des jüdischen Friedhofs verhindern! Weg mit dem Judenstopp des Vierten Reichs! Arbeiterrevolution wird Opfer des Holocaust rächen! Die Rote Armee zerschlug Nazi-Regime!

Für den Erhalt der KZ-Gedenkstätten und Mahnmale für die heldenhaften jüdischen/kommunistischen Widerstandskämpfer! Für den Kampf gegen Antisemitismus stehen die Spartakisten hier, wie im Kampf gegen Jelzins Konterrevolution in der Sowjetunion, an vorderster Front.

Stürzt NATO/Özal-Regierung durch Arbeiterrevolution! Türkei: Massenmord in Grube

Am 3. März wurden im nordanatolischen Kozlu fast 300 Bergleute in den Zechen Incirhamami und Ihsaniye durch eine verheerende Explosion getötet – vorsätzlicher Mord! Die türkische Regierung hat die „unprofitablen“ Kohlenruben am Schwarzen Meer absichtlich verrotten lassen. Die Kumpel von Kozlu gehörten zu den 48 000 streikenden Kohlenbergleuten, die im November/Dezember 1990 die Türkei erschütterten und Anfang Januar 1991 das Land mit einem Generalstreik lahmlegten. Jetzt hat Özal seinen Vorwand, um sich an den kämpferischen Bergleuten zu rächen und ihre Existenzgrundlage zu vernichten – die Gruben in Kozlu sollen ganz geschlossen werden.

Sogar die türkische bürgerliche Presse gibt zu, daß die Katastrophe hätte verhindert werden können. Trotz 1500 Kumpeln unter Tag ignorierte die Grubenleitung den dramatischen Anstieg der Methangaskonzentration zwischen 17.00 und 19.30 Uhr. Um 20.05 Uhr stürzten infolge einer Schlagwetterexplosion die Stollen über vier bis fünf Quadratkilometern in 560 Meter Tiefe ein. Als Feuer ausbrach, wurden alle Rettungsversuche eingestellt und die Eingänge versiegelt. Der Schachteingang wurde zur Stätte unvorstellbaren Leids mit weinenden überlebenden Arbeitern und Hunderten Angehörigen der Toten und Vermissten.

Seit Jahrzehnten investiert die türkische Regierung nichts in die Bergwerke. So gab es seit 1980 in diesem Gebiet allein 17 970 Verletzte und 483 Tote; in den letzten 40 Jahren waren es mehr als 3000 Tote, davon 442 durch Methangasexplosionen. Im April und November 1991 lehnte Özals Ministerium für Energie und Bodenschätze technische Schutzmaßnahmen gegen die in den Schwarzmeergruben berückichtigten Methangaskonzentrationen als „zu teuer“ ab.

Aber auch die verräterische Führung des Gewerkschafts-

verbandes Türk-Is trägt schwere Verantwortung. Heute jammert sie, daß die Regierung vor der Wahl steht, die Bergwerke entweder sicher zu machen oder zu schließen. Aber im Streik 1990 kapitulierte die Türk-Is-Führung vor Özals zynischem „Kampf um die Demokratie“, statt einen Sieg für Arbeitsplätze und Sicherheitsmaßnahmen zu erkämpfen. Dann hätten heute die türkischen Kumpel sicherere Arbeitsplätze! Nicht nur das: Ein Sieg der Streikenden von Zonguldak hätte die blutrünstige Özal-Regierung stürzen können und Schockwellen durch den ganzen Nahen Osten und darüber hinaus ausgelöst. Dies hätte die Pläne von USA/NATO durchkreuzen können, die irakische Bevölkerung mit B-52-Bombern in die Steinzeit zurückzubombardieren. Doch heute schlachtet die Özal-Regierung zusammen mit Saddam Hussein im Grenzgebiet die Kurden als „separatistische Banditen“ ab, während Özal Arbeiter in den Zechen lebendig begraben läßt. So sieht Özals „Demokratie“ der „Neuen Weltordnung“ für Werktätige und Unterdrückte aus.

Die mächtige türkische und kurdische Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Führung. Hunderttausende bilden in Deutschland einen strategisch wichtigen Bestandteil des Industrieproletariats. Türkische und kurdische Linke und Arbeiter können in großer Zahl für den authentischen Kommunismus von Lenin und Trotzki gewonnen werden. Wie wir am 30. Dezember 1990 zu Zonguldak schrieben:

„Dringend notwendig ist eine internationalistische Arbeiterpartei, die alle Arten der Unterdrückung bekämpft, besonders die der Frauen und der kurdischen Nation, und die kompromißlos für die politische Macht der Arbeiterklasse kämpft... Für die internationalistische Einheit der kurdischen und türkischen Arbeiter! Stürzt Özal durch Arbeiterrevolution!“ ■

Streikt zusammen...

Fortsetzung von Seite 24

Lohnausgleich gewonnen. Statt dessen haben Steinkühler und Rau die Stahlkocher an der Ruhr ausverkauft, bevor sie den Kampf überhaupt aufnehmen konnten.

An der Ostsee arbeiten die SPD-Jobkiller jetzt im Interesse der von Krupp dominierten Werft Bremer Vulkan. Fieberhaft versuchen sie das Schicksal der ostdeutschen Werften bis Ende März zu besiegeln – am 17. März wird die Treuhand ihre Entscheidung über die Privatisierung öffentlich machen. Danach können die Tarifverhandlungen in der riesigen norddeutschen Metallverarbeitung sehr wohl zu einem kräftigen Streik im Westen führen und auf die Werftarbeiter an der Ostsee überspringen.

Die Werftarbeiter an der Ostsee wollen ihre Arbeitsplätze retten. Aber genau diese Frage ist mit der *Verteidigung der Sowjetunion* gegen kapitalistische Restauration untrennbar verbunden. In Wismar, Rostock, Stralsund, Warnemünde, haben die Werftarbeiter, darunter sehr viele Frauen, jahrzehntelang Schiffe für die Sowjetunion gebaut. Gerade deswegen wurden die 24 Ostsee-Werften (mit Ausnahme der Neptun-Werft) gebaut und ausgerüstet – nachdem die Rote Armee Deutschland von der Nazi-Barbarei befreit hatte. 60 000 Arbeiter hatten Arbeitsplätze durch die Werften im deformierten Arbeiterstaat DDR.

Nach den Massentlassungen, die seit 1990 im Zuge der Konterrevolution gelaufen sind, arbeiten heute im Schiffbau nur noch 20 000 Menschen. Die Hälfte dieser Arbeitsplätze ist jetzt bedroht – egal, wie die Privatisierung aussieht. In der DDR konnten Frauen als Facharbeiterinnen auf den Werften arbeiten. Heute sind sie als erste bedroht; die Errungenschaften des Arbeiterstaats wie Kinderversorgungseinrichtungen sind schon weg.

Zehntausende Metaller und ÖTV-Hafenarbeiter in Westdeutschland stehen jetzt in Tarifverhandlungen. Sie müssen sich dem Kampf der ostdeutschen Werftarbeiter anschließen und gemeinsam streiken – dadurch können sie siegen. Bei den Banken wird zum ersten Mal seit der Weimarer Republik gestreikt, und die Arbeiter treten massenweise in die HBV ein. In Ost und West gibt es unter den Arbeitern genügend Bereitschaft für einen Kampf. Was fehlt ist eine Führung, die die Interessen der Werktätigen entschieden durchsetzt. Für eine solche Führung kämpft die SpAD.

Vor einem Jahr gab es Massendemonstrationen gegen Entlassungen in den ostdeutschen Werften. Wenige Wochen später gab es einen Warnstreik in den westdeutschen Werften gegen Möllemanns Subventionsabbau. Der norddeutsche Metall-Oberbonze Teichmüller schob Überstunden, um diese Kämpfe auseinanderzuhalten. In diesem Jahr am 4. März demonstrierten wieder 10 000 Werft- und Metallarbeiter in Schwerin gegen die Landesregierung und für ihre Arbeitsplätze, und blockierten die Senatskanzlei mit schweren Schiffsankern. Die Spartakisten haben auf der Kundgebung in Schwerin mit Plakaten interveniert: „Werft- und Metallarbeiter, Ost und West: Besetzt die Betriebe, Streikt jetzt gegen Entlassungen!“, „SPD: Bluthunde der Konterrevolution, Jobkiller von Hennigsdorf bis zur Ruhr!“, „Stürzt Jelzins Hungerregime durch proletarisch-politische Revolution!“, und „Für eine revolutionäre Arbeiterpartei!“.

Die Arbeiter waren wütend auf die Gomolka-Regierung, und sie begrüßten den CDU-Chef Krause mit einem Riesenplakat: „Lügner“. Jetzt gibt es viele Illusionen in die Sozialdemokraten, und die SPD-geführte Stasi-Hexenjagd hat die Atmosphäre in Teilen der Arbeiterklasse vergiftet. Doch 300 Arbeiter haben vor den Werften und auf der Demonstration den *Spartakist* gekauft, und unsere Plakate wurden von Schiffsbauern gegen antikommunistische Angriffe verteidigt. Hütet euch vor den Oberhexenjägern und

Jobkillern der SPD! Das Gift, das sie sprühen, soll nur die Arbeiter spalten. Für den Klassenkampf sind die SPD-Vorreiter der kapitalistischen Wiedervereinigung tödlich.

Wie wir 1983 schrieben: „Die HDW-Besetzer hätten, so wie die Kieler Matrosen 1918 die Novemberrevolution auslösten, den Anstoß für einen Deutschen Oktober 1983 geben können“ (*Spartakist*, März 1984). Doch die SPD/DKP-dominierte Besetzungsleitung hatte das verhaßte Betriebsverfassungsgesetz der Bosse durchgesetzt und die Besetzung sabotiert. Beim Verrat dieses Kampfes spielte Teichmüller als Hamburger IGM-Chef eine führende Rolle. Dagegen haben die Spartakisten die HDW-Arbeiter aufgerufen: Wählt Streikkomitees, schickt Delegationen zu den anderen Werften, streikt gemeinsam mit den Stahl- und Bergarbeitern, schmeißt die Bosse, ihre Handlanger und den Werkenschutz raus und bildet Selbstverteidigungsgruppen. Heute ist dabei besonders wichtig: Streiks und Besetzungen der Werften müssen auf den Westen ausgeweitet werden.

Die revolutionäre Einheit der deutschen, polnischen und sowjetischen Arbeiter ist hier ganz konkret gefordert. Die Treuhand will die Existenzgrundlage weiterer Tausender Werftarbeiter zerstören. Aber die Orderbücher sind immer noch voll mit Aufträgen für Schiffe für die Sowjetunion. Und bevor Gorbatschows „Marktreformen“ anfangen, bezahlte die SU ihre Rechnungen pünktlich. Jelzins und Krawtschuks Konterrevolution soll die Sowjetunion in eine Reihe von Mexikos und kleine Bananenrepubliken verwandeln, die vom wiedervereinigten Deutschland und anderen Imperialisten ausgeplündert werden können. Aber noch gehört die Sowjetunion der internationalen Arbeiterklasse!

Auch hinter dem Gerede der SPD-Führer über den „Wiederaufbau“ eines Industriestandorts in Ostdeutschland steckt die Strategie, die SU und die ehemaligen RGW-Länder auszuplündern. Die Möchtegern-Sozialdemokraten der PDS drücken das am krassesten aus. In einem Flugblatt, das sie in Wismar Ende Februar an die Werftarbeiter verteilten, forderten sie: „Belebt und erhaltet den osteuropäischen Markt insbesondere für die Mecklenburg-Vorpommerns [sic]. Erhöht die Hermes-Bürgschaften mindestens auf das Niveau von 1991.“ Für die PDS geht die Konterrevolution in der Sowjetunion noch nicht schnell genug. Vorerst keine Panzer, heute reicht noch die D-Mark.

Heute würde ein nationaler Werft- und Metallarbeiterstreik für den Sieg enorme Auswirkungen in der Arbeiterklasse haben, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Szczecin und sogar in der Sowjetunion, wo die Arbeiter unter Jelzins blutigem Hungerregime leiden. Auch dort fehlt aber die Führung, die die Kämpfe zum Sieg führen will und kann. Der Stalinismus hat die Planwirtschaft in Verruf gebracht, und hat endgültig bewiesen, daß man keinen „Sozialismus in einem Lande“, oder im Falle der DDR in einem halben Lande, aufbauen kann. Lenin und Trotzki bestanden darauf: die Verteidigung der Errungenschaften der Oktoberrevolution verlangt ihre Ausweitung, insbesondere auf Deutschland. Dies würde die Grundlage für die Entwicklung der international geplanten Wirtschaft legen.

Um heute die Arbeitsplätze der Werftarbeiter an der Ostsee zu retten, müssen sie den Kampf als politischen und internationalen verstehen und führen. Dafür müssen sie die professionellen Verräter in der Arbeiterbewegung über Bord werfen und eine revolutionäre Führung schmieden.

In Klassenkämpfen von Wolfsburg über Wismar bis Moskau geht es letztlich um Niederlage und Sieg. Für den Sieg brauchen wir eine Partei wie die Lenins und Trotzki. Die Spartakisten sind die einzige Partei, die die Sowjetunion und die Errungenschaften des Oktobers verteidigt. Wir kämpfen international, um die Partei aufzubauen, die die Arbeiter im Land des Oktobers wieder an die politische Macht führt und hier eine Arbeiterregierung erkämpft. ■

Stoppt die CDU/SPD-Abschiebekampagne!

Engholms Bullen

vertrieben Norderstedter Flüchtlinge

Am 19. Februar, nach über 100 Tagen Kirchenbesetzung, entkamen die Norderstedter Flüchtlinge nur knapp den Händen der SPD-Polizei, die vorbereitet auf den Stufen zur Schalom-Kirche stand, um sie in einer „Nacht-und-Nebel-Aktion“ hinauszuschmeißen. Diese tapfere Gemeinschaft, darunter Albaner, Jugoslawen, Kurden aus der Türkei und Algerier, standen gegen faschistische Angriffe, ohne Heizung im Winter, ohne Lebensmittel (außer dem, was durch die aufopferungsvolle Arbeit ihrer Unterstützer gespendet wurde) und unter der ständigen Drohung der Kirche, eine Polizeiräumung in Gang zu setzen.

Sie waren isoliert, mit eingeschränktem Kontakt zum Leben außerhalb ihrer Zuflucht, sozial gebrandmarkt als Menschen, die keinerlei Rechte haben und nur mit der Angst auf die Straße gehen konnten, jederzeit von Björn Engholms Schleswig-Holsteinischen Bullen verhaftet zu werden. Von allen Seiten bekamen sie Druck, sich still mit der „Zwangverteilung“ abzufinden, mit der sie von den anderen Flüchtlingen und von ihren Unterstützern isoliert werden sollten. Sie wehrten sich, zuletzt mit einem Hungerstreik, gegen die „normalen“ AbschiebeprozEDUREN, mit denen sie in die Länder deportiert werden, aus denen sie gerade geflohen sind, und in denen sie die Hölle erwartet, wenn sie zurückkehren.

Als die Frist für die polizeiliche Räumung näherrückte, griffen 20 Faschisten im nahen Geesthacht das Antifa-Jugendzentrum Düne mit Baseballschlägern an, wobei zwei Menschen schwer verletzt wurden. Während in Greifswald und Hoyerswerda die Faschisten von der Leine gelassen wurden, ist es in Schleswig-Holstein die SPD, die mit einem ausdrücklich rassistischen Programm die Bullen zur Schalom-Kirche schickte, um die Asylsuchenden zu vertreiben. Und es waren die SPD-hörigen Irreführer der Gewerkschaften, die diesen rassistischen Terror zugelassen haben.

Unter den Arbeitern in den umliegenden Betrieben gab es breite Empörung über die Hetzjagd auf die Flüchtlinge. Schon im letzten November organisierten 35 Kollegen vom Metallbetrieb Jungheinrich eine Wache zum Schutz der Flüchtlinge gegen drohende Nazi-Überfälle am Jahrestag der Reichspogromnacht. Auf Initiative einer Spartakist-Anhängerin protestierte die Vertrauenskörperleitung des Metallbetriebes Still in einem Brief an die SPD-Landesregierung gegen die drohende Abschiebung. Und der Hamburger Vertrauensleutkörper der Geamthafenarbeiter sandte einen Solidaritätsbrief an die Norderstedter Flüchtlinge.

Aber was die Flüchtlinge wirklich brauchen, ist die Mobilisierung der sozialen Macht der Gewerkschaften, die die Konzentrationslagerpläne der rassistischen Machthaber zerstören kann. Dringend notwendig ist eine revolutionäre Partei mit Wurzeln in der Arbeiterklasse, die die Arbeiter von Jungheinrich, Still und im Hafen zur Verteidigung und zum Schutz der Flüchtlinge mobilisiert, um die rassistische Kampagne der SPD-Regierung zu stoppen.

In dem zynischen Ansinnen, die Opfer selbst für den rassistischen Terror verantwortlich zu machen, entgegnete der Ministerpräsident von Schleswig-Holstein und SPD-Kandidat für das Amt des Reichskanzlers, Björn Engholm, auf einer Wahlveranstaltung zur Erklärung der Unterstützer der Flüchtlinge: „Wenn wir ihren Forderungen nachgeben, ha-

ben sie den rechtsradikalen Vandalen zum Sieg verholfen.“

Engholm sorgt dafür, daß die Flüchtlinge in Schleswig-Holstein in monatlichen Sammelappellen antreten müssen. Engholms Partei fordert Sammelager-KZs für Flüchtlinge und brachte in groß gefeierter rassistischer Einheit mit CDU/CSU und FDP einen neuen Entwurf eines Asylverfahrensgesetzes ein, der das Asylverfahren in sechs Wochen durchpeitschen soll, vorzugsweise durch Schnellgerichte in den Lagern. Gleich nach dem Ausverkauf der Leuna-Arbeiter eilte der IG-Chemie-Bonze und Treuhand-Vertreter Hermann Rappe nach Bonn, um die CSU/CDU-Linie für eine Grundgesetzänderung zu unterstützen. Sein Blockpartner war der Münchner SPD-Oberbürgermeister Kronawitter, der bereits vorexerziert, wie man Asylsuchende wie Tiere in Containern zusammenpercht. Und 1990 waren Lafontaine und Rau die Vorreiter des rassistischen Terrors gegen Roma und Cinti.

Die rassistische Volksfront reicht von CDU/SPD über die „Einwanderungsquoten“ der Grünen bis zur PDS, die nach mehr Bullen schreit, damit schmutzige Straßenszenen wie in Hoyerswerda, die das Bild des „häßlichen Deutschen“ hervorrufen, in Zukunft vermieden werden und die Deportationen „rechtsstaatlich“ geordnet sind. Als die Medien hysterisch die Hetzjagd gegen die Norderstedter Flüchtlinge hochpeitschten und wie Hyänen stundenlang in der Nacht darauf warteten, daß die Polizei endlich zuschlägt, schloß sich *Neues Deutschland* der Hetze gegen die Unterstützer an und zitierte den Schalom-Kirchenvorsteher Pastor Frenz: „Die Autonomen haben das Schicksal dieser Ausländer für sich ausgeschlachtet“ (ND, 2. März).

Es ist dringend notwendig, die fieberhaft aufgepeitschte Kampagne gegen die Immigranten/Flüchtlinge zu bekämpfen, die den Faschisten auf der Straße neuen Ansporn gibt. Besonders jetzt, beim bedrohlichen Vormarsch der Konterrevolution in Osteuropa und der Sowjetunion, der unter dem schmutzigen Propagandafeldzug von „Freiheit“ und

Fortgesetzt auf Seite 8

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAd!

Volles Abo (10 Ausgaben): DM 5,—
 Auslandsabo: DM 15,—; Übersee Luftpost: DM 20,—
 enthält *Spartacist* (deutsche Ausgabe)
 Einführungsabo (5 Ausgaben): DM 3,—

Name

Adresse

Telefon

Sp 94

Bestellt bei:
 Postfach 51 06 55
 1000 Berlin 51

Konto 11988-601
 Postgiro Frankfurt/Main
 BLZ 500 100 60

Dubliner Spartakisten: Kostenlose Abtreibung auf Wunsch!

14jährige erkämpft

Abtreibung gegen Klerikalstaat

Wir drucken im folgenden Auszüge eines Flugblatts mit dem Titel „Weg mit dem Gerichtsbeschuß! Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch! Arbeiter an die Macht, damit die Frauen in Irland frei sein können!“, das von der Dublin Spartacist Youth Group bei einer Großdemonstration am 22. Februar verteilt worden ist. Die IKL hat auch bei Protesten in New York und London interveniert. Durch den Druck der internationalen Proteste wurde es der jungen Frau inzwischen möglich, auszureisen und in Britannien eine Abtreibung vornehmen zu lassen.

Der Gerichtsbeschuß vom 17. Februar, der es einer 14jährigen, die Opfer einer Vergewaltigung geworden war, verbot, irgendwo auf der Welt eine Abtreibung durchführen zu lassen, ist eine unaussprechliche Abscheulichkeit und muß zurückgeschlagen werden. Der Entscheid von „Mr. Gerechtigkeit“ Costello machte klar, daß ähnliche Schritte gegen jede Frau eingeleitet werden können, die Irland verlassen will, um eine Abtreibung zu bekommen. Dies ist die Polizeistaats„moral“ der klerikalischen Reaktion. Es ist ein Versuch der Kirche und des irischen Staats, das Abtreibungsverbot noch zu verschärfen und es praktisch zum Hausarrest für Tausende von Frauen auszuweiten, die jedes Jahr versuchen, außer Landes eine Abtreibung zu bekommen.

Die ekelhafte Einmischung des Staats hat die Tragödie dieser jungen Frau noch tausendfach verstärkt. Dieser Fall hat drastisch vor Augen geführt, wie verdorben, korrupt und repressiv die kapitalistischen Herrscher der Republik

sind, er hat zu Recht breite Schichten der irischen Bevölkerung empört, und dies könnte sehr wohl auf die erbärmliche Bande zurückschlagen, die die Werktätigen unterdrückt. Wir fordern: *Weg mit dem Gerichtsbeschuß! Für kostenlose Abtreibung und Verhütungsmittel auf Wunsch! Für das Scheidungsrecht! Für vollständige Trennung von Staat und Kirche!*

Der Angriff der „Neuen Weltordnung“ auf das Abtreibungsrecht geht weit hinaus über die besondere Bösartigkeit des irischen Klerikalstaats. Der gleiche Alptraum bedroht die Existenzen der Frauen in den Ländern Osteuropas, die Opfer der kapitalistischen Konterrevolution geworden sind, wie Polen und Ostdeutschland. Angriffe auf die Rechte der Frauen sind ein unvermeidliches Ergebnis des Niedergangs des kapitalistischen Systems. Von Warschau bis Dublin, von Belfast bis Teheran sind soziale Reaktion, Chauvinismus und klerikale Vorherrschaft die Wegbegleiter des Antikommunismus. Die Karol Wojtylas und Ian Paisleys sind genauso wie die Costellos Feinde der Werktätigen und eingeschworen auf die Versklavung der Frauen.

Der Kampf für die Befreiung der Frau muß heißen, den Kampf zur Verteidigung der Arbeiterstaaten gegen die Konterrevolution von Jelzin und Bush aufzunehmen und für die weltweite sozialistische Revolution zu kämpfen. Diejenigen pseudolinken Organisationen, die wie die Socialist Workers Movement (SWM) und die Irish Workers Group das impe-

Fortgesetzt auf Seite 19

Norderstedter Flüchtlinge...

Fortsetzung von Seite 7

„Demokratie“ Hunderttausende zur Flucht vor nationalistischen Kriegen und antisemitischem Terror zwingt, werden die Flüchtlinge im Vierten Reich wie Verbrecher gejagt.

Als Spartakisten im letzten September in Hoyerswerda mit Bergarbeitern sprachen, stießen sie auf Zustimmung, die Immigrantenzuhause durch Arbeiteraktion gegen das Nazipogrom zu verteidigen. Viele Arbeiter haben in der DDR jahrelang mit mosambikanischen Kollegen eng zusammengearbeitet. Durch die entschiedene Mobilisierung von Arbeitern/Immigranten, um das Nazi-Pack zu zerschlagen, wären die grölenden Pimpfe in Sekundenschnelle vertrieben worden. Am 28. Februar fand in Hoyerswerda eine machtvolle Demonstration von 40000 Bergleuten statt. Auch nur ein Hundertstel davon hätte das Pogrom in Hoyerswerda verhindern können.

Aber energische Aktionen der Arbeiterklasse, um die Faschisten zu stoppen – das Programm der Spartakisten –, sind den Zielen der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung entgegengesetzt, die selbst die Spaltung der Arbeiter in Ost und West, eingewanderte und deutsche Arbeiter betreibt. Sie wollen den Kampf der Kumpel um Arbeitsplätze in eine nationalistische Kampagne „Für (Ost-)Deutsche Kohle“ ummünzen. Dieses Schüren von nationalistischen Stimmungen ist Gift für die Arbeiterklasse und wird keinen Arbeitsplatz retten, da es den gemeinsamen Kampf der Arbeiter verhindert.

Es ist die Pflicht der gesamten Arbeiterbewegung, alle Immigranten, die es bis hierher geschafft haben, zu schüt-

zen. Anders kann auch der Kampf um den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen nicht erfolgreich sein. Das verrottete System des Kapitalismus ist wegen der fehlenden Aussicht auf schnelle Profite nicht in der Lage, Industrie, Wohnungsbau und kulturelle Einrichtungen zu erhalten oder gar auszubauen, die jetzt besonders im Osten vollständig zerschlagen werden.

Wenn die Arbeiter zusammen mit ihren Verbündeten und den Arbeitslosen gegen den Würgegriff der sozialdemokratischen Klassenzusammenarbeit organisiert werden, dann können Siege errungen werden. Dazu müssen wir eine Partei aufbauen, die für eine revolutionäre klassenkämpferische Führung der machtvollen multinationalen Gewerkschaften kämpft. Die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien ist das einzige Programm, das die strategischen Bataillone der Arbeiter/Immigranten mobilisieren kann, um das ganze kapitalistische System zu zerschlagen, das den Rassismus gegen Immigranten braucht, um zu überleben. Es ist den liberalen Appellen für „Bleiberecht für alle“ entgegengesetzt, die die rassistische Grundhaltung „Deutschland den Deutschen“ der Machthaber akzeptiert. „Bleiberecht“ bedeutet, keine Rechte zu haben, nur die nackte Anwesenheit wird – bis auf weiteres – toleriert. Wer die Forderung nach vollen Staatsbürgerrechten verwirklichen will, sollte mit den Spartakisten für eine Partei im Sinne Lenins und Trotzki kämpfen, die imstande ist, die Arbeiter an die Macht zu führen.

Weg mit der Kriminalisierung der Norderstedter Flüchtlinge! Volle Staatsbürgerrechte für alle eingewanderten Arbeiter und ihre Familien! ■

„Nationalismus ist Gift“

Ukrainischer Veteran der Roten Armee bei IKL-Schulung

Moskau, 18. Januar:
Die unionsweite Schulung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) war dem Vermächtnis der 3 L – W.I. Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg – gewidmet



Spartacist

Am 18. Januar hielt die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) ein unionsweites Schulungsseminar in Moskau ab. Auf bescheidene Weise zeigte dieses Treffen für das multinationale sowjetische Proletariat den internationalistischen Weg vorwärts angesichts konterrevolutionärer Tumulte und des wachsenden brudermörderischen Nationalismus.

Das Seminar wurde eingeleitet mit einer Ehrung der „3 L“ – Lenin, Luxemburg und Liebknecht –, um die alte bolschewistische Tradition wieder aufzugreifen, die jahrzehntelang vom stalinistischen Nationalismus verschüttet worden ist, und des Todes der drei revolutionären Führer Ende Januar zu gedenken. Als direkten Angriff auf den starken Anstieg des großrussischen Chauvinismus in letzter Zeit hielt Genosse Len Meyers bei der IKL-Schulung ein Referat über den bolschewistischen Kampf gegen den Antisemitismus und über die stolze Geschichte der Verteidigung des Heimatlandes der Oktoberrevolution durch die sowjetischen Juden (ein Artikel über dieses Thema erscheint demnächst im russischsprachigen *Spartacist Bulletin* Nr. 3 unter dem Titel „Bolschewismus gegen Stalinismus zur jüdischen Frage: Nieder mit Antisemitismus, dem Werkzeug der Reaktion!“) Eine weitere Präsentation gab eine Übersicht über die Geschichte und Entwicklung der IKL.

Der internationalistische Charakter der Versammlung spiegelte sich auch in der Zusammensetzung der Teilnehmer wider. Während von Rußland aus Jelzin und von der Ukraine Leonid Krawtschuk den brudermörderischen Nationalismus anfachen in ihrem Drang, den sowjetischen Staat auseinanderzureißen, brachte das IKL-Seminar Kommunisten aus den verschiedensten Regionen und Städten Rußlands und aus anderen Republiken zusammen einschließlich der Ukraine und Kasachstan. Außerdem waren bei dem Seminar Vertreter der vor kurzem gegründeten Russischen Kommunistischen Arbeiterpartei (RKRP), von der Zeitung

Kontrargumenti i Fakti und von der „Liga für eine Revolutionäre Kommunistische Internationale“ (LRKI), die in Verbindung mit der britischen Workers-Power-Gruppe (in Deutschland Arbeitermacht) steht. Weder der Sprecher der RKRP noch der der LRKI konnten sich dazu aufraffen, während der Diskussionsperiode das Wort zu ergreifen.

Eine reiche und lebendige Diskussion folgte den beiden Präsentationen, als die recht unterschiedliche Zuhörerschaft, darunter Industriearbeiter aus Moskau und Leningrad, ein lokaler Bergarbeiterführer und internationale Besucher, ihre eigenen Sichtweisen und Erfahrungen ins Gespräch brachten. Von besonderer Bedeutung war der Beitrag des Genossen Galeos Pawlowitsch Michailjuk aus Kiew, Herausgeber der Zeitschrift *Buchenwaldski Nabat* (*Buchenwald Alarm*), ein ukrainischer Veteran des Zweiten Weltkriegs und ein Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald. Im Verlauf wertvoller Bemerkungen über den Kampf gegen Antisemitismus und Nationalismus legte Genosse Michaljuk auch seine eigene Auffassung dar, welche Art von revolutionärer Partei heute gebraucht wird – ein Thema, das von einer Reihe von Sprechern in der Diskussionsrunde aufgegriffen wurde. Das Programm der IKL, eine leninistisch-trozkistische Avantgardepartei aufzubauen, war der Kern der zweiten Präsentation. Nach den Auszügen aus dem Redebeitrag geben wir davon eine Übersicht.

* * *

Genossen, ich kann hoffentlich den Begriff „kommunistisch“ verwenden. Wenn vielleicht heute jemand da ist, der kein Kommunist ist, kann er ja einfach zuhören. Ich bin nicht einfach der Herausgeber dieser Zeitschrift geworden. Die ersten Ausgaben erschienen noch unter der Schirmherrschaft des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Ukraine. Wenn man sich die zweite Ausgabe der Zeitschrift

Fortgesetzt auf Seite 10

Veteran der Roten Armee...

Fortsetzung von Seite 9

anschaut, dann findet man exakt das Material, worüber der Redner gesprochen hat: über die Gründung der SS-Division „Galitsyn“ [aus ukrainischen Faschisten zusammengesetzt] im Jahre 1943. Das ist die Bedeutung des ukrainischen Nationalismus.

Ich bin aus einem Land gekommen, das im Augenblick wie verrückt ist. Es treibt mit raschen Schritten auf den Faschismus zu – Faschismus in seiner offensten und schändlichsten Art. Wir haben schon die Angriffe, die blutigen Konfrontationen, wir haben schon die Drohungen. Und den Terror – wir haben das alles schon. Jetzt haben wir „unsere“ Fahne und Hymne, die noch nicht einmal vom



Buchenwald Alarm, antifaschistische Zeitung, die von dem Veteran der Roten Armee, Genosse Michailjuk, herausgegeben wurde

Obersten Sowjet gebilligt worden sind, oder vom Volk oder von irgendeinem Referendum; diese Insignien sind uns einfach an den Kopf geworfen worden, und wir sollen ihnen Respekt erweisen.

In unserem Land gibt es eine Organisation, die SLUN – es ist eine Jugendorganisation, so ungefähr wie die Sturmabteilungen in Deutschland 1932/33. Diese Schläger laufen durch die Innenstadt in SS-Galitsyn-Uniformen. Am 7. November hielt ich in Kiew eine Rede [bei der Demonstration zum Revolutionstag], und sie versuchten zweimal, unseren Demonstrationzug aufzuhalten. Sie griffen uns an, verprügelten die Leute; selbst nachdem die Kundgebung zu Ende war, griffen sie uns an und schlugen die alten Männer, die Veteranen, zusammen. Sie hatten Schieß, sich die Jungen vorzunehmen, aber sie schlugen die alten Männer zusammen.

Dies ist meine Geschichte. Ich verlor meinen Vater 1938, als Joseph Wissarionowitsch [Stalin] seine Rechnung mit den Leninisten, den Kommunisten-Leninisten beglich. Also war ich ein „Familienmitglied eines Vaterlandsverrätters“ (das war der Begriff, der benutzt wurde, „FMVV“). Wie dem auch sei, ich ging an die Front. Ich mußte mich freiwillig melden, denn ich war zu jung für den Wehrdienst. Ich wurde verwundet, geriet in Gefangenschaft und überlebte die Vorhölle von Buchenwald.

Im faschistischen Deutschland kannten sie nur drei Begriffe: Übermensch, Mensch und Untermensch. „Untermenschen“ waren die Juden, ja, und Cinti und Roma, und natürlich auch wir Sowjetbürger. Aber wenn sie vorhatten, uns alle stufenweise zu verbrennen, dann waren es die Juden, die sie zuerst in die Erstickungs-Lkws getrieben haben, zuerst in die Gaskammern, in die Öfen. Ich habe selbst Ilse Koch gesehen, die aus Menschenhaut Handschuhe, Pantoffeln und Lampenschirme gemacht hat. Ich habe dies mit

meinen eigenen Augen im Konzentrationslager Buchenwald gesehen.

Der Genosse Redner hat uns an die „Beilis-Affäre“ erinnert [eine zaristische antisemitische Lügengeschichte im Jahre 1911, bei der der jüdische Arbeiter Mendel Beilis angeklagt wurde, einen „Ritualmord“ an einem christlichen Jugendlichen begangen zu haben]. Nun, diese Affäre hat in Kiew stattgefunden. Meine Mutter und mein Vater haben Arbeiterverteidigungswachen organisiert, um die Juden gegen Pogrome zu verteidigen. Wann immer eine solche Situation entstand, wie nach 1905, wo man einen Sündenbock finden mußte, wurden immer die Juden zum Sündenbock gemacht. Stalin hat die gleichen Sachen gemacht, sowohl vor dem Krieg als auch dann später mit der „Ärzteverschwörung“.

Nun können diese Schläger von der UPA [die pronazistische Ukrainische Partisanenarmee im Zweiten Weltkrieg] rumlaufen und über ihre Stelzi [Gewehrstützen] reden, als ob die in irgendeiner Weise antifaschistische Helden gewesen seien. Das ist eine Lüge. Sie haben damals alle Russen umgebracht, nur weil sie Russen waren. Wir haben Listen über diejenigen, die im Verlauf eines einzigen Jahres in einem einzigen Bezirk, der Region von Iwano-Frankowsk, eliminiert worden sind, eine Liste mit 630 Menschen, ganze Familien. Sie haben sie umgebracht, weil sie „Moskal“ [Russen] waren; sie haben einen deutschen Offizier umgebracht, der aus einem sowjetischen Gefängnis geflohen war, nur weil er Deutscher war. Polen haben sie umgebracht, nur weil sie Polen waren. Diese Listen geben eine sehr präzise Übersicht – es sind die Berichte, Listen, die von denjenigen gemacht wurden, die die Aktionen ausgeführt hatten – dem „SB“ oder Sicherheitsdienst, wie er genannt wurde. Diese Listen zeigen exakt, wer umgebracht wurde und warum – „Ubijistwo propagandiwno“ [ukrainisch für „Propagandamord“] –, und wir wissen, was das heißt: exemplarische Hinrichtungen.

Unglücklicherweise haben die wirklichen Erben Stalins, unsere „Partokraten“, mit denen wir und die Partei nicht entsprechend umzugehen in der Lage waren, die Führungen dieser Staaten gestellt, die auf den Ruinen der Sowjetunion aufgebaut wurden. Jetzt rangeln sie wie Hunde auf einer Müllhalde im Kampf um einen Knochen – nur, daß dieser „Knochen“ die Schwarzmeerflotte ist, die Armee, die Luftstreitkräfte und so weiter. Ja, wie bei einem Kampf um einen Knochen.

Inzwischen liegt Jelzin mit unserem Krawtschuk im Streit. Nun, ich kenne Krawtschuk persönlich aus der Zeit, wo er noch in der ukrainischen KP für die Abteilung für Ideologie verantwortlich war. Und jetzt schauen sich diese Typen also nach Sündenböcken um. Sie gehen alle von der gleichen Ausgangsposition aus: als Nationalisten, und sie peitschen nationale Differenzen auf. Und das ist genau, was wir hier haben. Wir haben einen Bürgerkrieg in Georgien. Wir haben einen Krieg zwischen den Aseris und den Armeniern. Wir haben Krieg zwischen den Moldawen und Russen, den Gaugasen.

Und dies passiert bei uns in der Ukraine praktisch vor der Haustür. Man braucht nur zu zählen, in der Ukraine haben wir 52 Millionen Menschen, von denen 18 Millionen Russen sind. Und nun erzählen uns diese Nationalisten, die noch nicht einmal korrektes Ukrainisch benutzen können, daß wir alle Ukrainer sein müssen, daß wir angeblich die „Moskal“, d. h. die Russen, hassen müssen und den „Jid“ natürlich, den Juden. Wir wollen gar nicht die Cinti und Roma erwähnen, es sind wahrscheinlich kaum welche von ihnen übrig geblieben, und wenn es welche gibt, ist dies nur ein trauriger Überrest.

So können wir jetzt schon die konkurrierenden Ansprüche der Ukraine und Rußlands gegenüber ihren Nachbarn

sehen – und das kann nur zu einem Ausbruch nationaler Feindseligkeiten und Krieg führen. Das Einzige, was die Situation retten kann, ist natürlich die Wiederherstellung, die Wiederetablierung einer kommunistischen Partei. Es müßte eine Partei völlig anderen Typs sein. Nicht die Art von Partei, die unsere Chefs ernannt hat, ohne das wir irgend etwas zu sagen gehabt hätten – außer Beifall zu klatschen und einstimmig unsere Stimme abzugeben. All diese Schtscherbizkis, Krawtschuks, Breschnjews, Jelzins und so weiter – sie sind alle vom gleichen Schlag. Sie sind ungefähr so sehr Kommunisten wie ich der Papst von Rom bin.

Wir sind hier, um an die Menschen heranzutreten mit der Notwendigkeit, eine leninistische Partei aufzubauen, um leninistische Prinzipien der Parteiführung einzuführen. Um gründlich aufzuräumen und um den Menschen zu erklären, daß man sie belogen hat, als man ihnen erzählte, Lenin hätte mit Terror geherrscht usw., usw. Stalin war nun ein Terrorist, eindeutig. Er war sogar ein Henker. Aber er war kein Kommunist. Was für eine Sorte Kommunist hätte er sein können, dieser Stalin. Nun, es gibt immer noch Leute seiner Art, Leute, die die gleichen Methoden benutzen würden, um Dispute in einem fragmentierten Land zu lösen.

Als Herausgeber des *Buchenwald Alarm* bekam ich ein Originaldokument in meinen Besitz; es war ein Dokument der deutschen politischen Führung vom August 1944. Zu dem Zeitpunkt war Deutschland schon zum Verlierer geworden und gab seinen zukünftigen Nachfolgern eine wertvolle Lektion: Wie um zu verhindern, daß Rußland je wieder den Kapitalismus und die kapitalistische Welt bedrohen kann, muß es aufgeteilt werden. Es steht zu befürchten, daß wir, wenn die Dinge sich so weiterentwickeln wie bisher, in unserem schon lange leidenden sowjetischen Land erleben müssen, daß Pogrome gegen Juden ausbrechen.

Wir müssen zu den Leuten durchdringen, wir müssen sie sammeln. Die Genossen können dies zurückweisen, wenn sie wollen, aber meine Meinung ist, daß wir einen Block mit allen sozialistischen Strömungen, kommunistischen Strömungen schließen müssen, und zwar in genau einem Punkt: der Notwendigkeit, gegen den Nationalismus zu kämpfen.

Wir in der Ukraine haben diesen Monat gerade 200 Kupons bekommen, im Wert von insgesamt 200 Rubel. Unglücklicherweise habe ich keine gekriegt, deshalb kann ich euch keine zeigen. Sie werden in Frankreich gedruckt, und es kostet 20 Millionen Dollar, sie zu drucken, nicht mehr und nicht weniger. Das Land wird immer ärmer. Was glaubt ihr also, kann ich mit diesen 200 Kupons erwerben? Ich kann einen Laib Brot im Monat kaufen, ein Gebäckstück und ein halbes Kilo Kartoffeln, dann ist mein Geld verschwunden. Könnt ihr euch das Ausmaß an Armut vorstellen, das diese nationalistischen Gentlemen dem Volk aufzwingen wollen?

Aber sie rechnen mit Rebellion und Repression. Sie rechnen mit der Erwartung, daß es einen Ausbruch der Rebellion geben wird, und die Panzer werden diesmal nicht schweigen! Denn einer dieser Schlägertypen sagte mir direkt ins Gesicht: „Wenn wir in Buchenwald etwas zu sagen gehabt hätten, dann würdest du hier nicht mehr rumlaufen, dann würdest du hier nicht mehr vorbeilaufen.“ Diese Typen sind also bereit zu zerstören, sie sind bereit, das Feuer zu eröffnen.

Deshalb müssen wir uns an die Werkstätigen, an die Arbeiterklasse, an die Bauern wenden und eine einzige gemeinsame mächtige Partei aufbauen, eine machtvolle Bewegung. Dies kann die Vierte Internationale sein; sie kann international sein, indem sie an die Werkstätigen appelliert, an die internationale Arbeiterklasse, die internationalen Kommunisten und die sozialistische Bewegung. Das kann man ruhig offen aussprechen.

Aber inzwischen müssen wir allen Zank und Streit und



Enzo Nizza

Die Nazis haben den ukrainischen Nationalismus und die Kirche für ihren Vernichtungsfeldzug benutzt. Die multi-nationale sowjetische Arbeiterklasse muß mobilisiert werden, um ihren Arbeiterstaat zu verteidigen

allen Dogmatismus beiseite werfen. Sollen doch die Theoretiker sich darum kümmern, wohin die Kommas, die Punkte und Ausrufungszeichen bei Marx hingehören. Wir müssen mit diesen Haarspaltereien aufhören. Im Augenblick ist es notwendig, unsere Aufmerksamkeit auf eine Sache zu konzentrieren: Das Land der Sowjets zu erhalten.

Bitte versteht, ich war ein Mitglied des Untergrunds im Konzentrationslager Buchenwald. Im internationalen Komitee habe ich eng mit den Demokraten zusammengearbeitet. Ich war nur ein junger Kerl, und vor mir brach jemand in Tränen aus – dieser Mann war Reichstagsabgeordneter gewesen und hatte für Hindenburg gegen die Kommunisten gestimmt, und war dann in Buchenwald gelandet. „Wir waren so kurzsichtig“, sagte er, „wir haben diese faschistische Bewegung total unterschätzt!“

Es gibt kein Gift, das schrecklicher wäre als das Gift des Nationalismus. Besonders, wenn es jemanden in der Nähe gibt, den man ausgrenzen kann: den „Moskal“, den Russen.

Über den sogenannten GKChP-Putsch [das Komitee des Augustputsches]. Nun, dies war der Bluff der Partokratie. Ich erzähle euch dies als jemand, der durchs Konzentrationslager gegangen ist, und ich garantiere euch, mit hundert Mann, bewaffnet mit automatischen Waffen – keine Panzer nötig – hundert Mann mit Maschinengewehren, und ich hätte mit diesem Jelzin aufgeräumt. Da gibt es nicht den geringsten Zweifel. Hundert meiner Maschinenpistolenmänner aus der Kriegszeit 1941, meiner Aufklärer, und ich hätte jede Barrikade genommen, die euch einfällt. Es war purer Bluff. Reiner Bluff, Schall und Rauch.

Nun möchte ich zu dem Thema praktischer Aktivitäten kommen. Wir müssen eine kommunistische Partei aufbauen. Die KPdSU ist durch ihre Führer verraten worden, Gorbatschow & Co. zusammen mit Jelzin, Krawtschuk und all dem anderen Gesindel. Wir können diese Partei nicht wieder aufbauen, niemand würde ihr folgen. Unglücklicherweise folgt die Politik dem Prinzip, einem rein mechanischen Prinzip, der Trägheit. Wenn wir heute in der Sowjetunion herumgehen und den Namen Trotzki ausgraben, wäre es in der Sowjetunion einfach nicht möglich, genügend Leute in eine solche Partei zu bekommen. Versteht mich

Fortgesetzt auf Seite 19

Israel: Neuer Schritt zur „Endlösung“ gegen die Palästinenser

Zionisten geben Befehl zum Todesschuß

17. Februar – Die israelische Luftwaffe verübte am 16. Februar eine Reihe von „Vergeltungs“-morden im Südlibanon. Als die zionistischen Schlächter ihre Bomben auf zwei dicht besiedelte palästinensische Flüchtlingslager niedergehen ließen, brachten sie mindestens drei Kinder um. Ein anderer Luftangriff richtete sich gegen Autos, in denen der pro-iranische Hezbollah-Führer (Partei Gottes) Scheich Abbas Musawi und seine Familie saßen, darunter ein kleines Kind. Sie kamen zusammen mit mehreren Anhängern im Feuer der Raketen um. Der israelische Kriegsminister Moshe Arens rechtfertigte diese Ermordung zynisch damit, Musawi sei „ein Mann, der eine Menge Blut an den Händen hat“, und der Führer „einer mörderischen terroristischen Organisation“. Gemessen an diesen Standards verdienen Arens und seine Mitterroristen an der Spitze des israelischen Staates zehnmal die gleiche Behandlung.

Israel rechtfertigte die Morde als „Vergeltung“ für den Tod von drei israelischen Soldaten, darunter zwei sowjetischen Einwanderern, am Tag zuvor in einem vorgeschobenen Militärlager in der Nähe der West Bank. Aber die jüngsten Grausamkeiten des zionistischen Staates sind Teil einer allgemeinen Eskalation seines Terrorkriegs gegen die palästinensische Bevölkerung in den besetzten Gebieten, seit die von den USA forcierten angeblichen Nahost-„Friedens“-gespräche angefangen haben. Am 2. Februar kündigte die israelische Armee an, daß von Soldaten nicht mehr erwartet wird, daß sie zuerst Warnschüsse auf die Beine von „fliehenden Verdächtigen“ abgeben, ehe sie sie niederstrecken. Mit anderen Worten, die Besatzungstreitmacht *hat jetzt den Befehl, tödliche Schüsse abzugeben* auf jeden Palästinenser, der ihnen „verdächtig“ erscheint.

Zwei Tage vorher hatte die Armee angekündigt, daß sie offiziell mit den faschistischen „Siedler“-banden auf der West Bank zusammenarbeitet, die auch schon bisher dort gewütet haben, mit Straßensperren zur Einschüchterung von arabischen Autofahrern, mit „Konvois“, die mit automatischen Gewehren durch palästinensische Dörfer fahren, und durch das Einwerfen von Autoscheiben und Fenstern. In Wirklichkeit geben diese unheilverkündenden neuen Direktiven einer schon existierenden Politik die offizielle Weihe. Schon bisher konnten Soldaten jeden palästinensischen Jugendlichen erschießen, selbst wenn er nur eine Maske trägt oder einen Stein in der Hand hält.

Dieser Terrorkrieg ist Teil einer bewußten Kampagne, die palästinensische Bevölkerung zu verjagen und diese Gebiete als Teil von „Großisrael“ zu konsolidieren. In einer „Nacht-und-Nebel“-Aktion, die an die Nazis erinnerte, haben im Dezember bewaffnete Siedler mit Unterstützung



Zionistischer Terror gegen Palästinenser

durch israelische Truppen das Ost-Jerusalem Silwanviertel überfallen und fünf palästinensische Familien mit gezogenen Waffen in die kalte Nacht geworfen. Die Silwan-Räumung war Teil eines groß angelegten Plans, demzufolge 22 arabische Viertel „judaisiert“ werden sollen. Hinter dieser Operation steht Wohnungsbauminister Ariel Sharon, der persönlich mit dieser Kampagne anfing, als er vor einigen Jahren in eine Wohnung in Ost-Jerusalem „einzog“, umgeben von einer Armee von militärischen Leibwachen.

Ein massives offizielles Programm, bekannt unter dem Namen „Sieben Sterne“, zielt darauf ab, ausgedehnte städtische Siedlungen zu beiden Seiten der „grünen Linie“, der Grenze vor 1967, anzulegen und dadurch den Unterschied zwischen Israel und den besetzten Gebieten auszulöschen. Die israelische Organisation „Peace Now“ (Friede jetzt) berichtete letzten Monat, daß die Siedlungsaktivitäten im letzten Jahr um 60 Prozent hochgeschossen sind. Während Washington darauf besteht, daß keine neuen Siedlungen angelegt werden dürfen, wenn Israel 10 Milliarden Dollar in Form von Kreditgarantien für sowjetische Immigranten bekommen will, bedeutet selbst die Fertigstellung der schon begonnenen Siedlungen weitere 50 000 Siedler – ein Zuwachs um 50 Prozent.

Der israelische Ministerpräsident Yitzhak Shamir antwortete auf Bushs „Bedingungen“ mit der Verlautbarung: „Dieser Aufbau wird weitergehen, und keine Macht in der Welt wird das verhindern.“ Wie der bekannte israelische

Bürgerrechtler und Überlebende der Konzentrationslager Israel Shahak anmerkte: das Problem der faschistischen Siedler „läßt es im Augenblick nicht zu, zu einer friedlichen Lösung zu kommen“, und er fügte hinzu, „auch ein Bürgerkrieg, um uns vor ihrer den Nazis ähnlichen Tyrannei zu retten, kann nicht und sollte nicht ausgeschlossen werden“.

Hochglanzbeilagen in der Sonntagsausgabe des *New York Times Magazine* wollen glauben machen, daß die jüdischen Siedler, von ein paar heißköpfigen Fanatikern abgesehen, Vorstadt-Yuppies seien, die nur ein nettes Heim und einen ordentlich gemähten Vorgarten wollen. Aber das Rückgrat der Siedlerbewegung ist eine straff organisierte und mächtige faschistische Bewegung, Gush Emunim, unter deren Führern einflußreiche Sprecher der National-Religiösen Partei sind, einer der Koalitionspartner von Shamir.

Ein Gush-Emunim-Führer, Rabbi Elyakim Levanon, brüstet sich: „In zehn Jahren wird es hier ein Imperium geben.“ Ein anderer prominenter Rabbi, Dov Lior, tönt: „Die Rückgabe von Gebieten, die von Juden erobert wurden, zurück an Gojim [Nichtjuden], ist undenkbar.“ Dieser zionistische Möchtegern-Mengele tritt ein für medizinische Experimente an inhaftierten arabischen „Terroristen“, fordert „Kollektivstrafen“ gegen Palästinenser und behauptet, daß „es während eines Krieges nicht so etwas gibt wie unschuldige Menschen innerhalb einer feindlichen nichtjüdischen Bevölkerung“.

Zionistische „Liberale“ wie Peace Now jammern darüber, daß die faschistischen Siedler das sorgsam kultivierte Image von Israel als der einzigen „Demokratie“ im Nahen Osten ankratzen. Der Parlamentarier Ran Cohen beschwert sich darüber, daß die Siedler „als Herren der Armee auftreten“. In der Tat sind sowohl die Armee wie die Siedler Instrumente der zionistischen Expansion, und in den besetzten Gebieten überlappen sich beide in bedeutendem Maße.

Der zionistische Staat ist nie eine Demokratie gewesen für die mehr als zwei Millionen entrechteten palästinensischen Araber, die unter seiner Knute leben – ob sie nun nominell israelische Staatsbürger sind oder der militärischen Besetzung auf der West Bank und im Gaza-Streifen ausgesetzt. Weit mehr als tausend Palästinenser, viele davon Kinder, sind in den vier Jahren seit Beginn der Intifada, dem Aufstand der Palästinenser, niedergeschossen worden. Weitere Zehntausende wurden inhaftiert und gefoltert.

Erst vor kurzem wurde Mustafa Akawi nach einer „Befragung“ durch die israelische Geheimpolizei, die berüchtigte Shin Bet, tot aufgefunden. Vor einigen Wochen wurde ein junger Palästinenser „zufällig“ mit einem Kopfschuß von einem Armee-Wachposten erschossen. Diese Morde werden noch nicht einmal untersucht. Und die jüdischen Zivilisten, die in den letzten vier Jahren für die Ermordung von 42 Palästinensern verantwortlich sind, wurden meist nicht einmal vor Gericht gestellt, und die härteste Strafe, die verhängt wurde, waren zwei Jahre Gefängnis!

Als Shamir letzte Woche ankündigte, daß er sich von der palästinensischen Pseudo-„Autonomie“ zurückzieht, so wie sie 1978 im Camp-David-Abkommen vorgesehen worden war, erklärte ein Sprecher: „Wir haben jetzt einige vollendete Tatsachen, die damals noch nicht existiert haben.“ Das Schaffen von „vollendeten Tatsachen“ ist ein Kennzeichen zionistischer Expansion: von den bewaffneten Kibbuzim und der Linie „Nur jüdische Arbeit“ der korporatistischen Histadrut-Arbeiter-Föderation in den 20er Jahren bis zu den Massakern Ende der 40er Jahre mit dem Ziel, die Palästinenser von ihrem Land zu vertreiben, wie das Blutbad in Deir Yassin, das Menachem Begin Irgun und Shamirs Stern-Bande begangen haben.

Heute murmelt die (durch und durch bürgerliche) Arbeiterpartei vage davon, „Land gegen Frieden“ zu tauschen, um Israels Zahlmeister in Washington zu besänftigen. Aber



AP

Der heldenhafte sephardische Jude Mordechai Vanunu leistete einen Dienst für die ganze Menschheit, indem er das nukleare Waffenarsenal Israels aufdeckte. Dafür wurde er von der zionistischen Regierung für 18 Jahre ins Gefängnis geworfen. Freiheit für Mordechai Vanunu!

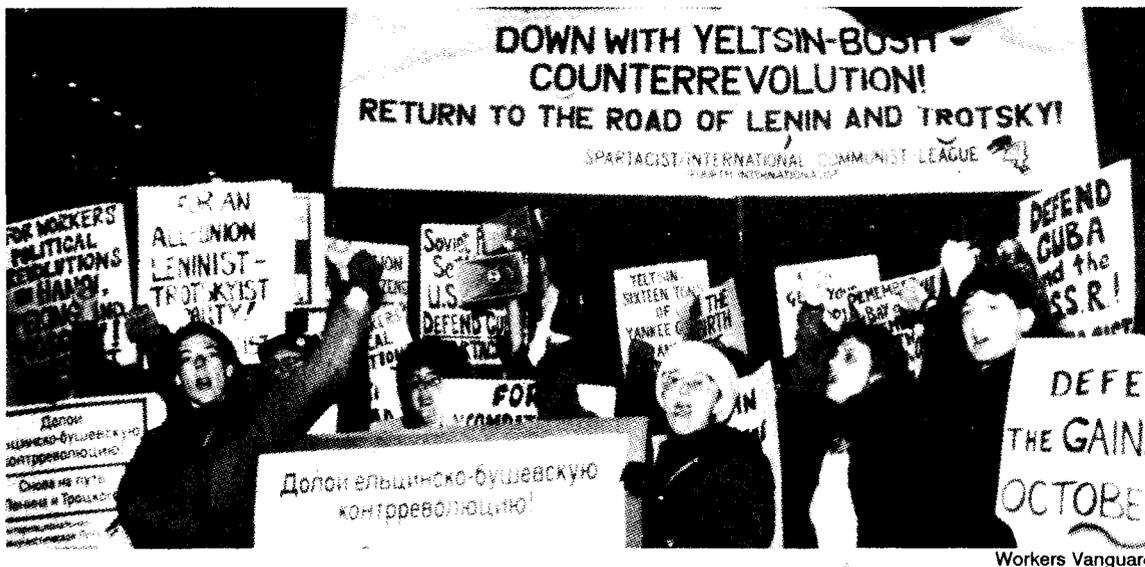
die Arbeiterpartei war die *Speerspitze* dieser expansionistischen Kampagne und der Architekt der ersten Siedlungen auf der West Bank.

Die kleinbürgerliche nationalistische Palästinensische Befreiungsorganisation von Jassir Arafat hat gezeigt, daß sie unfähig ist, selbst für die minimalste Verteidigung des Volkes zu sorgen, das sie zu vertreten beansprucht. Sie hat ihre Sache entweder dem einen oder anderen arabischen Regime untergeordnet, oder der Hoffnung, daß eine imperialistische Macht ihr zu Hilfe kommt. Im Augenblick versucht die PLO verzweifelt, sich als Polizist der palästinensischen Bevölkerung unter einem von den USA geförderten Übereinkommen anzubieten, was nur weiteres Leiden für dieses unterdrückte Volk bedeuten würde.

In dieser Region, wo verschiedene Völkerschaften auf einem Gebiet leben, kann jede Art von nationalistischer „Lösung“ nur Völkermord bedeuten. Aber es gibt eine starke Tradition von Linksorientierung unter palästinensischen arabischen Militanten, von denen viele zu wirklich kommunistischem Internationalismus gewonnen werden können. Und während hebräisch-sprachige Arbeiter immer noch im Würgegriff des chauvinistischen Rassismus sind, kann und muß ein erheblicher Teil von der Todesfalle des Zionismus gebrochen werden und sich die Verteidigung des palästinensischen Volkes und ein Programm des gemeinsamen Klassenkampfes zu eigen machen.

Israelische Arbeiter können mit der weitergehenden Existenz des zionistischen Staates nur verlieren. Die Arbeitslosigkeit ist höher als in den letzten 20 Jahren, wobei die Rate unter den sowjetischen Immigranten der letzten Zeit 50 Prozent beträgt. Die Auswanderung aus der Sowjetunion fiel auf ihren niedrigsten Stand seit zwei Jahren, denn sowjetische Juden stellen fest, daß das „gelobte Land“ nur Armut, Entwürdigung und nationalistisches Morden verspricht. Was nötig ist, um den Drang der zionistischen völkermörderischen Schlächter zu stoppen und den Zyklus von nationalistischem gegenseitigen Abschachten im Nahen Osten zu beenden, ist der Aufbau von multinationalen trotzkistischen Parteien, die sich zum Ziel setzen, alle kapitalistischen Staaten in dieser Region zu zerschlagen. *Israel raus aus den besetzten Gebieten! Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!*

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 545, 21. Februar



New York,
31. Januar:
Spartacist-Protest
vor der US-Bundes-
bank, wo Boris
Jelzin von seinen
Wall-Street-Zahl-
meistern gefeiert
wurde

Trotzkisten protestieren vor UNO und in Wall Street: „Jelzin ist ein Werkzeug der Herrscher von Wall Street!“

31. Januar — Boris Jelzins diplomatisches Debüt bei der UNO in New York begann mit einer Protestdemonstration, die ihn mit den Rufen empfing: „Jelzin ist ein Werkzeug der Herrscher von Wall Street!“. Zum Protest aufgerufen hatte die Spartacist League/U.S., die Banner in russischer und englischer Sprache trug: „Nieder mit Jelzins/Bushs Konterrevolution! Kehrt zurück zum Weg Lenins und Trotzki!“.

Spartacist-Sprecher Len Meyers sagte: „Ich bin gerade aus Moskau zurückgekommen, wo die Werktätigen ihren ersten wirklichen Eindruck davon bekommen, was die Restauration des Kapitalismus bedeuten würde. Sie leiden heute unter der Aushungerungspolitik, die von Washington geplant und von Jelzin umgesetzt wird. Sie sind jetzt von der gleichen Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit bedroht, wie wir sie hier um uns sehen.“ Und ein Sprecher, der Grüße von sowjetischen Unterstützern der Internationalen Kom-

munistischen Liga (Vierte Internationalisten) brachte, betonte: „Heute in der Sowjetunion stehen wir vor der Stunde der größten Gefahr.“

Jelzin und seine konterrevolutionären Gegenspieler in den anderen Republiken versuchen, die multinationale sowjetische Arbeiterklasse durch nationalistischen Brudermord und Antisemitismus auseinanderzureißen, die durch Gorbatschows Perestroika angefacht wurden und vorbereitet wurden durch über sechs Jahrzehnte des stalinistischen Verrats.

Das Treffen von Regierungsspitzen bei der UNO war einberufen worden, um Washingtons „Neue Weltordnung“ einzuweihen, obwohl „Verbündete“ wie Deutschland und Japan ihre eigenen Ideen haben, wie diese Ordnung auszu- sehen hätte. Die Saat für neue innerimperialistische Konflikte ist schon gesät.

„Werktätige, Schwarze und andere Minderheiten ... haben letztes Jahr einen deutlichen Geschmack davon bekommen, was diese ‚Neue Weltordnung‘ bedeutet“, sagte die New Yorker U-Bahn-Arbeiterin Mary Jo Marino, „als wir ausgeschickt wurden, um Iraker umzubringen. Jetzt sieht man die Auswirkungen der Zerstückelung der UdSSR. Unsere Kollegen in Kuba sind jetzt im Fadenkreuz des Yankee-Imperialismus, weil die Sowjetunion ihre Hilfe zurückgezogen hat.“ Sie sagte weiter: „Hier ist es unsere Verantwortung gegenüber den sowjetischen Arbeitern, die Arbeiterklasse herauszubringen, um den Hauptfeind zu bekämpfen, der genau hier zu Hause ist.“

Zum Abschluß erklärte Spartacist-Sprecher Len Meyers: „Jelzin will die Sowjetunion zur Versteigerung freigeben. Aber die Sowjetunion gehört den Werktätigen der ganzen Welt, und wir sagen: *Sie ist nicht zu verkaufen!* Wir kämpfen dafür, die Errungenschaften der Oktoberrevolution zu verteidigen. Die Internationale Kommunistische Liga kämpft dafür, eine neue bolschewistische Partei aufzubauen, um die politische Revolution der Arbeiter zu führen, um die Konterrevolutionäre hinwegzufegen und die Sowjetunion zurückzuführen auf den internationalistischen Weg ihrer Gründer Lenin und Trotzki.“ ■

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

24 Ausgaben
einschließlich
Spartacist
(englische Ausgabe)

Luftpost DM 50,—
Seepost DM 15,—

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 51 06 55
1000 Berlin 51
Post giro Frankfurt/M.
Konto 119 88-601
BLZ 500 100 60



Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 1

Vergleiche mit dem „Blutsonntag“, dem zaristischen Polizei-massaker an Arbeiterprotesten im Januar 1905, das einen revolutionären Arbeiteraufstand hervorrief, zurückzuweisen. Selbst prominente prokapitalistische „Demokraten“ wie Jelena Bonner äußerten sich alarmiert über die brutale Vorgehensweise von Jelzin/Popow. Die sowjetische Armeezeitung *Krasnaja Swesda* kritisierte offen die „Politiker“, die zum Knüppel greifen, um „Rußland zu retten“. Mehrere Hundert Menschen, die zu Peskows Begräbnis kamen, waren unverblümt, sie denunzierten Jelzin und seine Bande als „blutige Erben Hitlers“.

Jelzin hat nach einer Gelegenheit Ausschau gehalten, die Miliz testen zu können. Der Polizeiangriff vom 23. Februar folgte einer Beinahe-Konfrontation zwei Wochen zuvor, als sich 40 000 Menschen aus Protest gegen Jelzin auf dem Manegeplatz beim Kreml versammelt hatten. Moskaus stellvertretender Polizeichef Leonid Nikitin wurde gefeuert, als er öffentlich den Befehl verweigerte, am 9. Februar Spezialagenten einzusetzen, die unter den Demonstranten „Unruhe provozieren“ sollten, um einen Vorwand zum Einsatz von Bereitschaftspolizei zu schaffen. Mittlerweile hat Jelzin versucht, das Offizierskorps mit Geld zu schmieren, indem er den Sold verdoppelt und hohen Offizieren zu Datschen verholfen hat. Aber das verbessert nicht die Bedingungen für die einfachen Soldaten, die die ganze Last der wachsenden Verelendung und wirtschaftlichen Zerrüttung zu spüren bekommen. Am 24./25. Februar meuterten Hunderte von verzweifelten Wehrpflichtigen im Kosmodrom von Baikonnur, dem Startplatz für das sowjetische Weltraumprogramm.

Und das Militär ist nicht gerade glücklich über Jelzins unterwürfige Kriecherei vor seinen amerikanischen Zahlmeistern. Als Jelzin bei Bush etwas Unterstützung erbetteln wollte, stellte dieser sich taub, während er zur gleichen Zeit Milliarden für neue Waffenentwicklungsprogramme des Pentagons ausgibt. Die USA haben sogar den Import von Militärtechnologie aus der UdSSR verboten, als Teil einer „Politik der Regierung, die russische Raumfahrt- und Rüstungsindustrie so weit in die Knie zu zwingen, daß sie in Zukunft für die USA keine Gefahr darstellt“ (*New York Times*, 1. März). Der Zusammenstoß zwischen einem sowjetischen und einem amerikanischen U-Boot *innerhalb sowjetischer Gewässer* am 11. Februar zeigt, daß die USA unabhängig vom Stand des Kalten Krieges weiterhin auf die Sowjetunion und das sowjetische Militär abzielen. Jelzin versuchte, den Zwischenfall herunterzuspielen, aber die sowjetische Marineführung brachte in unmißverständlicher Weise ihre Entrüstung zum Ausdruck.



Reuter

Moskau: IKL-Unterstützer mit Zeitungen und Plakaten bei der Verteidigung des Lenin-Museums, abgebildet auf der Titelseite der *Süddeutschen Zeitung*

Vor diesem Hintergrund versuchen reaktionäre russisch-nationalistische Kräfte, an das Militär zu appellieren, Jelzin zu stürzen und wieder einen „starken Staat“ zu errichten unter dem alten zaristischen Schlachtruf „Rußland, einig und unteilbar“. Die faschistoide Liberal-Demokratische Partei von Wladimir Schirinowski spielte bei den Demonstrationen zum Tag der Armee eine prominente Rolle, und die Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKRK) und andere stalinistische „patriotische“ Überbleibsel schlossen sich Schirinowski an. Unter den Sprechern waren „Hardliner“ aus dem Militär wie das antisemitische Mitglied des Zentralkomitees der RKRK, General Makaschow, und der „schwarze Oberst“ Viktor Alksnis, der sich vor kurzem mit dem monarchistischen Demagogen Newzarow zusammengesetzt hat und die russisch-nationalistische Partei *Nasche* (Unser) gegründet hat. Aber der Hauptanwärter, als neuer nationalistischer starker Mann Jelzins Job zu übernehmen,

Fortgesetzt auf Seite 16

Schulungsreihe der SpAD

Sowjetische Arbeiter brauchen eine bolschewistische Partei!

Für proletarisch-politische Revolution gegen Jelzins Konterrevolution!

Mittwoch, 18. März, 18.30 Uhr

Imperialistische „Neue Weltordnung“:

Schritt zum neuen Weltkrieg

Mittwoch, 1. April, 18.30 Uhr

Die Permanente Revolution und die Türkei

Mittwoch, 22. April, 18.30 Uhr

Linkstreff, Weddingstraße 6
1000 Berlin 65 (U-Bahnhof Nauener Platz)

KONTAKTADRESSEN

Berlin	SpAD, Postfach 51 06 55, 1000 Berlin 51 Telefon: Westberlin 4 92 78 66
Halle	SpAD, Postlagernd Hauptpostamt, Halle 4020 Telefon: Halle 2 90 55
Hamburg	SpAD, c/o Verlag Avantgarde Postfach 11 02 31, 2000 Hamburg 11 Telefon: (0 40) 32 36 44
Leipzig	SpAD, Postlagernd, Leipzig 7022

SPARTAKIST-TREFFPUNKT

Berlin	Mittwoch von 18.00 bis 20.00 Uhr Linkstreff, Weddingstraße 6 1000 Berlin 65 (U-Bahn Nauener Platz)
---------------	--

Sowjetunion...

Fortsetzung von Seite 15

ist dessen zunehmend kritischer Vizepräsident, der General der Luftstreitkräfte Alexander Rutskoi, der sich zum selbst-ernannten Sprecher der militärindustriellen Hierarchie gemacht hat. Der immer schriller nationalistisch auftretende Rutskoi war der Hauptsprecher bei einer extrem rechts-nationalistischen Konferenz Anfang Februar, wo er erklärte:

„Wir müssen das wahre Gesicht Rußlands wiederherstellen. Wir müssen den Glauben und die Geistigkeit wiederbeleben. Wir müssen den Ruhm der russischen Armee wiederbeleben.“

Der jämmerliche Putschversuch der „Achterbande“ der Regierungsmitglieder Gorbatschows – die entschlossen jeglicher Mobilisierung der Arbeiterklasse zur Verteidigung des Kollektiveigentums den Rücken kehrten – war wenig mehr als eine verblühte Auseinandersetzung darüber, wer den (nicht existierenden) Geldsegen der Perestroika einsackt. Jetzt, angesichts des Aufstiegs der Konterrevolution, setzen viele ehemalige stalinistische Bürokraten ihre Hoffnungen darauf, auf den Zug mit aufspringen zu können und neue Kapitalisten zu werden. Aber Jelzins Wirtschaftsberater Anatoli Chubais beteuert: „Privatisierung durch die Nomenklatura ist unzulässig“. Jelzin, und vor ihm Gorba-

tschow, fanden ihre Hauptbasis unter den Technokraten und Intellektuellen der unteren Schichten der Bürokratie, die wie Yuppies im Westen leben wollen. Aber es wird nicht so einfach werden, aus der Konterrevolution Kapital zu schlagen – ihre Karrieren beruhen auf dem Management (oder genauer dem Mißmanagement) der zentral geplanten Wirtschaft, und wenn die verschwindet, verschwinden auch ihre Jobs.

Jelzin und seine Kohorten wissen, daß sie einen kapitalistischen Staatsapparat zusammenschmieden müssen und neue, loyale Organe der Unterdrückung der Arbeiterklasse, wenn sie ihre konterrevolutionäre Offensive konsolidieren wollen. Während die oberste Militärführung weiterhin Distanz hält zu Jelzin und seinesgleichen in den anderen Republiken, markiert der Einsatz der Miliz mit ihrem harten Einsatz gegen die Demonstranten gegen Jelzin einen gefährlichen Wendepunkt, was die Entscheidung über das Schicksal der Sowjetunion angeht. Unsere Genossen der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten) in Moskau antworteten darauf mit einem Flugblatt (das im folgenden abgedruckt ist), das Alarm schlägt über diese blutige Eskalation von Jelzins konterrevolutionärem Kurs und das dringend dazu aufruft, Arbeiter- und Soldatenräte zu bilden, um die kapitalistisch-restaurative Welle zurückzuschlagen und die Macht zu erobern.

Nieder mit Jelzins Regierung!

Der „weiße Zar“ Boris will einen neuen Blutsonntag

25. Februar – Die „demokratische“ Konterrevolution hat zum ersten Mal blutig zugeschlagen. Auf Befehl von Bürgermeister Popow, mit Zustimmung von Boris Jelzin, wurden Tausende von Milizsoldaten mobilisiert, um eine Provokation gegen Arbeiter, Rentner, Soldaten, Offiziere und Veteranen zu inszenieren, die den Tag der sowjetischen Armee ehrten. Sowjetische Werktätige, seid gewarnt: sie versuchen den Kapitalismus über euren Leichen zu restaurieren.

Seit dem Zeitpunkt, wo die Kräfte der kapitalistischen Restauration mit Jelzins Gegenputsch am 22. August die Vorherrschaft gewonnen haben, sind die Alternativen klar zugespitzt: entweder das Proletariat erobert die politische Macht zurück, die ihm von der Bürokratie unter Stalins Führung 1923/24 entrissen wurde, oder es wird eine blutige Konsolidierung der sozialen Konterrevolution und ein nationales Auseinanderbrechen geben. Die schwache Jelzin-Regierung hat sich mit ihrer Blutgier gegen die Arbeiterklasse nur deshalb zurückgehalten, weil es ihr an einem loyalen Repressionsapparat fehlt.

Mit den Angriffen auf die Demonstranten am Tag der Armee haben es die Moskauer Miliz und OMON-Einheiten zugelassen, vielleicht widerwillig, daß sie gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden. Auf Anklagen wütender Demonstranten verteidigte sich ein Milizmann defensiv: „Ich halte mich nur an meine Befehle. Warum habt ihr diese Leute gewählt? Wählt beim nächsten Mal bessere Führer.“

Aber diese „Führer“, Handlanger der Imperialisten, werden von niemandem abgewählt werden. Sie müssen von der Macht der mobilisierten Arbeiterklasse weggefegt werden. Das ist die proletarisch-politische Revolution, die wir Trotzlisten fordern, um die Kräfte der Konterrevolution zu stoppen, um den Hunger zu verhindern, um die Sowjetunion auf internationalistischen Prinzipien wiederzuschmieden.

Die Krise, die die Sowjetunion zerreißt, hat einen gefährlichen Wendepunkt erreicht. Die kollektivierte Wirtschaft wird zerstückelt. Die Produktion ist zerrüttet und

kommt in vielen Betrieben zum Erliegen. Raffgierige Preiserhöhungen, von Jelzin und seinen Kumpanen in den anderen Republiken verhängt, sind für die Arbeiterklasse eine Erniedrigung und werfen sie ins nackte Elend. Die meisten Frauen, die jetzt von den Arbeitsplätzen vertrieben werden, steigen in eine wahre Hölle ab. Die dunklen Kräfte der Konterrevolution schüren nationalistischen Brudermord, um damit die multinationale sowjetische Arbeiterklasse auseinanderzureißen und zu zerschlagen.

Jetzt sehen wir Blut auf den Straßen Moskaus. Und es wird nur noch blutiger werden, wenn die Jelzin-Bande an Selbstbewußtsein gewinnt.

Einige wie zum Beispiel die Russische Kommunistische Arbeiterpartei sagen, die Armee „ist unsere letzte Hoffnung“. Allerdings, viele Soldaten und Offiziere innerhalb der sowjetischen Streitkräfte halten den Idealen des Sozialismus und dem Arbeiterstaat weiterhin die Treue. Aber um den multinationalen Sowjetstaat und seine Armee zu erhalten, muß das sozialisierte Eigentum verteidigt werden, auf dem er aufgebaut wurde. *Die Hoffnung, daß die Welle der Konterrevolution zurückgeschlagen wird, liegt in der Organisation der Arbeiter, Soldaten und Kollektivbauern in Sowjets und in der Schmiedung einer revolutionären Führung, die darauf abzielt, zu dem befreienden und egalitären Ziel der Oktoberrevolution zurückzukehren.* Wenn die Arbeiterklasse den Kampf aufnimmt, werden sich prosozialistische Teile der Armee und Miliz sicher anschließen.

Aber in dieser Krise versuchen finstere Elemente, an die Verzweiflung der Werktätigen zu appellieren. Hütet euch vor dem faschistoiden Betrüger Schirinowski, der öffentlich giftigen Antisemitismus versprüht! Hütet euch vor Makaschow, dessen Präsidentschaftskandidatur im letzten Jahr von den faschistischen Schwarzhemden von Pamjat unterstützt wurde! Hütet euch vor Newzarow, dessen populistisches Gerede ein Programm der monarchistischen Reaktion verbirgt! Hütet euch vor Alksnis, der kein Kommunist ist,

Putilow-Fabrikarbeiter wählen Delegierte zum Petrograder Sowjet, 1920. Die Arbeiterklasse kam an die Macht durch die bolschewistische Revolution 1917



Viktor Bulla

sondern den Sowjetvölkern den Markt aufzwingen will, nach „chilenischem Modell“ – Repression mit eiserner Faust! Sie organisieren für Rutschkoj, der den Bonaparte abgeben würde.

Hütet euch vor allen, die die multinationalen Werktätigen durch Chauvinismus und Rassismus auseinanderdividieren wollen! Das Gift des Antisemitismus ist das Werkzeug der sklaventreiberischen Mächtigen-Bourgeoisie, um die Arbeiterkämpfe zu spalten und abzuwürgen. War es ein Zufall, daß die Miliz am Tag der Armee ihre Schlagstöcke gegen Jugendliche eingesetzt hat, die rote Fahnen und ein Lenin-Porträt getragen haben? In den Fabriken, in den Bergwerken, in den Kolchosen, überall gibt es Arbeiter unterschiedlicher Nationalität. Sie müssen sich in proletarischer Einheit zusammenschließen und sich nicht durch nationalistischen Streit gegeneinander aufbringen lassen. Nationalismus ist das Spiel der Parasiten und Kapitalisten!

Der einzige Ausweg aus der augenblicklichen Krise liegt in der revolutionären Aktion der Arbeiterklasse. Im Sommer 1917 gab es auch eine Krise der Lebensmittelversorgung. Die Kapitalisten führten ihre letzten Grabenkämpfe, um sich an der Macht zu halten, sie hungerten die revolutionären Arbeiter aus, um sie zur Unterwerfung zu zwingen. Lenin zeigte den Weg vorwärts. In „Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll“ pochte er darauf, daß der einzige Weg, um die kapitalistische Sabotage zu stoppen, die *Machtübernahme* der Räte der gewählten Arbeiter- und Soldatendeputierten war, um die Kontrolle über die Produktion zu übernehmen und die Verteilung der Lebensmittel zu organisieren. Dies wies direkt den Weg zur Oktoberrevolution, die die Ausbeuter hinweggefegt hat.

Heute versuchen neue Ausbeuter, den Arbeiterstaat zu zerstören. Die Frage ist: *Wer wird siegreich hervorgehen?* Die Spekulanten, Mafia-Parasiten, Unternehmer und früheren Partokraten, die zu Kapitalisten werden wollen, indem sie die Wirtschaft an die Imperialisten verscherbeln? Oder die Arbeiterklasse, die alles unter ungeheuren Opfern aufgebaut hat?

Durch ihre eigenen unabhängigen Komitees, zusammengesetzt aus Delegierten, die in den Fabriken gewählt werden, müssen die Werktätigen die Kontrolle über die Lebensmittelvorräte übernehmen und die Verteilung überwachen. Es ist wieder notwendig, wirkliche Sowjets zu bilden, nicht Schwatzbuden wie die angeblichen Sowjets und die impo-

tenen Parlamente, die wir jetzt haben, sondern Kampforgane, die zusammengesetzt sind aus Deputierten, die in den Fabriken und Kasernen gewählt werden und jederzeit abrufbar sind. Zusammengefaßt in machtvollen Sowjets – internationalistisch, egalitär, revolutionär – werden die Werktätigen in der Lage sein, die wackligen Regime der kapitalistischen Restaurateure mit einem Fingerschnipsen wegzufegen. *Keine neuen Zaren – weg mit Jelzin – für eine Republik der Werktätigen!*

Es kann keine Rückkehr geben zur alten Scheiße des Stalinismus. Aus den Stalinisten von gestern kommen die Jelzins von heute. Die Ära von Breschnjew bahnte den Weg für die Marktformen von Gorbatschow, die wiederum Jelzin an die Macht katapultiert haben. Der parasitären Bürokratie ist die Luft ausgegangen, und sie sondert eine Schicht ab, die zusammen mit einer neuen Generation von Yuppies die Sowjetunion ausverkaufen will. Und dafür brauchen sie einen starken Staat, der Blut in Profite ummünzen kann.

Unter der Führung einer neuen und wirklich bolschewistischen Partei, gestaltet nach der Partei von Lenin und Trotzki, werden die Arbeiter- und Soldatenräte für volle Arbeiterdemokratie sorgen, die allen Parteien, die im Namen des Sozialismus kämpfen, volle Rechte gewähren. Um eine Gesellschaft auf wirklich kollektivistischer Grundlage aufzubauen, die in der Lage ist, die schöpferischen Kräfte der Werktätigen zu benutzen, muß die Planwirtschaft wieder aufgebaut und von oben bis unten überarbeitet werden, sie muß von aller Vetternwirtschaft und dem Privilegienwesen, von Bürokratismus und Willkürherrschaft gesäubert werden. Von den Fabrikhallen bis zu den höchsten Rängen des Staates muß die entscheidende Macht in den Händen der Arbeiter und ihrer gewählten Vertreter liegen.

Arbeiter: Es bleibt nicht mehr viel Zeit. Wartet nicht, bis eure Kinder von Hunger blaß und schwach werden. Die Mächtigen-Bosse nehmen euch die Straßen Moskaus weg. Bildet jetzt wirkliche Sowjets! Jagt die restaurativen Kräfte durch eine politische Revolution der Arbeiter davon! Besiegt jeden Vorstoß zu nationalistischem Brudermord – nieder mit dem Gift des Antisemitismus! Es ist dringend nötig, die Kader einer leninistisch-trozkistischen Partei zusammenzuführen, die sich den proletarischen Grundlagen verpflichten, auf denen der multinationale sowjetische Arbeiterstaat aufgebaut worden ist.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 546, 6. März

Streitgespräch mit DKP:

Russische Frage in Neumünster

Die DKP Neumünster hatte die Hamburger Ortsgruppe der Spartakist-Arbeiterpartei am 10. Februar zu einem „Gesprächsabend zum Thema ‚Zusammenbruch der UdSSR — Ende kommunistischer Ideen + Politik?‘“ eingeladen. Schon der Titel zeigte die politischen Abgründe, die bei diesen Grundfragen kommunistischer Politik zwischen den Trotzlisten und der DKP liegen.

Wie die SpAD-Genossin Carola in ihrer Einleitung erklärte: „Entscheidend ist, daß die sowjetischen Arbeiter nicht bereit sind, die kapitalistische ‚Schockbehandlung‘ über sich ergehen zu lassen“. Wenn Jelzins Konterrevolution nicht besiegt wird, würde dies die Verelendung der sowjetischen Werktätigen bedeuten, nationalistischen Brudermord und antisemitische Pogrome. Sie erklärte: „Heute, in der Stunde der größten Gefahr, brauchen die Arbeitermassen in der Sowjetunion nichts dringender als eine revolutionäre Partei, die für das Programm der proletarischen politischen Revolution kämpft.“ Sie griff die DKP-Führung an, die vor dem Geheul der Imperialisten über den „Tod des Kommunismus“ in die Knie gegangen ist.

In der Diskussion bestätigten die Genossen der DKP, daß sie die Propaganda vom „Zusammenbruch der UdSSR“ geschluckt haben, wie schon ihr Veranstaltungstitel verkündet. Aber sie verwahrten sich dagegen, daß sie damit auch das Ende „kommunistischer Ideen und Politik“ akzeptierten. Vielmehr wollte der Versammlungsleiter „Rückschlüsse aus dem Scheitern des ersten Versuches von Sozialismus auf dieser Erde“ ziehen, denn „nicht der Kommunismus, sondern der erste Versuch ist gescheitert.“

Ein Genosse, der seit sechzig Jahren Kommunist ist (erst im Leninbund, dann KPD, DKP), setzte die Entwicklung in der DDR mit der Sowjetunion gleich. Weil die stalinistische Bürokratie nicht auf die Mobilisierung der Arbeiter setzte und die breite Demokratie von unten fehlte — Stichwort „Alle Macht den Räten!“ —, war für ihn auch das Scheitern der Sowjetunion unvermeidlich. Auch er setzte den Verrat der stalinistischen Partei mit dem Untergang des Arbeiterstaats gleich. Dabei wäre das Versagen der DKP 1989/90, die nur paralysiert auf die SED-Überreste starrte, Grund genug, den Stalinismus endgültig zu begraben — die ganze Konzeption von „friedlicher Koexistenz“ und „Sozialismus in einem Lande“ — und eine wirklich bolschewistische Partei aufzubauen, in der Tradition Lenins und Trotzki.

Die Hartnäckigkeit, mit der die SpAD-Genossen die falsche Analogie bekämpften, die Ereignisse in der DDR mit der sehr ernsten, aber immer noch offenen Situation in der Sowjetunion gleichzusetzen, führte dann doch noch zu einer konkreteren Auseinandersetzung über die UdSSR. In der Sowjetunion steht kein fertiger Staatsapparat eines mächtigen imperialistischen Staates bereit, wie das bei der Einverleibung der DDR der Fall war; Gorbatschows/Modrows „Deutschland, einig Vaterland“ gab grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung und für den Abzug der Roten Armee. Die Sowjetunion ist das Land der einzigen siegreichen Arbeiterrevolution, und 27 Millionen sowjetische Werktätige starben für ihre Verteidigung gegen Hitler. Der verschiedene Kampf der Arbeiterklasse muß große Teile der Roten Armee auf die Seite der Werktätigen ziehen, die nicht bereit sind, sich als Sturmtruppen für die nationalistischen „Regierungen“ und ihre Yuppie-Anhänger einsetzen zu lassen.

Eine Nebenrolle spielte an diesem Diskussionsabend ein Antikommunist von der maoistischen KPD/Roter Morgen, der sich mit seiner Hetze gegen die Verteidigung von Erich

Mielke unbeliebt machte, weil wir stolz darauf waren, daß unsere Berliner Genossen am selben Tag (mit einer anderen KPD/Roter Morgen) für die Freilassung Mielkes demonstriert hatten. Bei diesem Protest vor Jutta Limbachs Hexenjagd-Knast in Moabit suchte man die DKP übrigens vergeblich. Sie hatte wohl Angst, mit einer solchen Aktion die „vernünftigeren Teile der Bourgeoisie“ (Thesen zur programmatischen Orientierung, UZ, 28. Februar) abzustoßen, die die DKP sich als Bündnispartner auserkoren hat.

Zeigte sich in der Frage der Sowjetunion bei den DKP-Genossen Nachdenklichkeit über unsere Argumente, so stieß unsere Kritik an der SPD-Nachtrabpolitik ihrer Partei auf Abwehr: Von „Hier sind alle für Wahlboykott, die DKP will nicht die SPD bei den Wahlen unterstützen!“ bis zu „alle Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit der SPD nutzen, um Reformen durchzubekommen“ reichten die Argumente.

Wer in der Stunde höchster Gefahr die Sowjetunion nicht verteidigen will, sieht auch im eigenen Land kein Hindernis, auf der Seite der Bourgeoisie zu landen. Während eine Reihe von DKP-Genossen bei der Verteidigung von Flüchtlingen aktiv sind, verurteilen sie ihre eigene Arbeit zur Impotenz, wenn sie nicht sehen, daß vor allem der Würgegriff der SPD für die „Passivität der Arbeiter“ verantwortlich ist. Und im neuen Programm-Entwurf hat der Rosenberg-Flügel in der krassesten Weise schon gewonnen: In diesen „Thesen“ kommen Immigranten nicht vor! Der Kampf der SpAD für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten ist für die DKP Anathema — sie könnte es sich ja mit den rassistischen Abschiebern der SPD versauen.

Und keine Stimme für die SPD bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein? Nicht so die erwähnte UZ: „... auf keinen Fall CDU“ lesen wir. Die „Asylpolitik“ der CDU wird kritisiert; kein Wort von SPD-Jansens „Zählappell“ für Flüchtlinge; kein Wort von Engholms und Jansens rassistischer Jagd auf die Norderstedter Flüchtlinge.

Für die Programm-Kommissionler der DKP, die (wie Rosenberg) an rückständiges Bewußtsein appellieren, sind Immigranten Menschen zweiter Klasse. Im Betrieb lassen sich einige Sozialchauvinisten gerne von den italienischen, türkischen und jugoslawischen Arbeitern in die Betriebsratsessel hieven — als Dank organisieren sie ein jährliches „Solidaritätsfest“. Die DKP versteht nicht, daß eingewanderte Arbeiter eine entscheidende Rolle in strategischen Bereichen der Produktion spielen, doppelt oder dreifach unterdrückt, als Arbeiter, Immigranten, und viele als Frauen.

Die Unmöglichkeit des „Sozialismus in einem Land“ ist bewiesen, der Stalinismus ist tot. Seine Überreste, die sowjetischen „Patrioten“, appellieren heute an Antisemitismus und großrussischen Chauvinismus. Doch der Kommunismus lebt! Von der Linken Opposition der Sowjetunion zu Trotzki's Vierter Internationale zur Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten), deren deutsche Sektion die SpAD ist, gibt es eine Tradition der internationalen Verteidigung der Arbeiterstaaten mit den Methoden der proletarischen Revolution.

Wir wenden uns an die Genossen der DKP und SDAJ, die nicht Wasserträger der SPD-Bürokraten sein wollen, sondern proletarische Revolutionäre. Wer verhindern will, daß das Vierte Reich der deutschen Bourgeoisie seinen Triumphzug Richtung Osten fortsetzt, muß mit uns zusammen kämpfen, den Würgegriff der SPD-Bluthunde Lafontaine/Engholm am deutschen Proletariat zu brechen. Dazu müssen wir eine Partei in den Traditionen von Lenin, Liebknecht, Luxemburg und Trotzki aufbauen! ■

Dublin...

Fortsetzung von Seite 8

rialistische Bestreben unterstützten, eine „Neue Weltordnung“ zu schaffen, indem sie im letzten August die Seite von Jelzin einnahmen, dem Werkzeug der Wall Street, sind Komplizen eines Systems, das ein jungeliches Vergewaltigungsoffer kreuzigen möchte.

Arbeiter an die Macht, damit die Frauen frei sein können! Die ganze Bande, von den Gaunern der Fianna Fail bis zu den Lakaien der Labour Party, muß weggefegt werden. Die Republikaner der Sinn Fein haben sich, ganz im Rahmen ihres Nationalismus, wiederholt geweigert, irgendeine soziale Frage aufzugreifen, die ihnen Ärger mit der katholischen Reaktion einbringen würde. Deshalb wird eine der am härtesten umkämpften Debatten bei der kommenden Konferenz von Sinn Fein die Abtreibungsfrage sein. Im Norden und im Süden muß die verkalkte und erdrückende Herrschaft der religiösen Frömmel zerschlagen werden, damit Frauen nicht mehr heimlich nach London reisen müssen, um ihr Recht zu bekommen, damit den Menschen nicht mehr so etwas simples verweigert werden kann wie eine Brook Advisory Clinic (Beratungszentrum à la Pro Familia) für grundlegendste Informationen und Beratung. Mit ihren 20 Prozent Arbeitslosigkeit, barbarischem Klerikalismus, dem Kreislauf von britischer imperialistischer Repression und von kommunalen Auseinandersetzungen im Norden: Diese Insel schreit nach einer proletarischen Lösung. Die elementare Forderung nach *sofortigem bedingungslosen Abzug der britischen Armee* ist die Grundbedingung für eine solche Perspektive.

Die sozialistische Revolution wird die Wucherer-Bour-

geoisie hier und die loyalistischen Herren in Nordirland stürzen: Keine Zwangsvereinigung – für eine irische Arbeiterrepublik innerhalb einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln. Nur Industrialisierung und der Aufbau einer Planwirtschaft können die Gesundheitsversorgung auf hohem Niveau ermöglichen, dann wird es kostenlose Abtreibung auf Wunsch und kostenlose, sichere Verhütungsmittel für alle Frauen geben. Solch eine Gesellschaft würde Arbeitsplätze für alle zur Verfügung stellen und kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr; damit würde die *materielle Basis* für eine wirkliche Befreiung der Frau gelegt.

Eine der ersten Schritte des Arbeiterstaates, der 1917 aus der russischen Revolution entstanden ist, war nicht nur die Abschaffung aller Gesetze, die das Recht auf Abtreibung und Scheidung einschränkten, sondern auch die Einführung *voller demokratischer Rechte für Homosexuelle*. Mit dem Verständnis, daß es notwendig ist, die Funktionen der unterdrückerischen Institution Familie durch soziale Institutionen für Kinderbetreuung und Hausarbeit zu ersetzen, begannen die Bolschewiki sofort mit der Einrichtung von Kinderkrippen und Gemeinschaftsküchen. Als Volkstribun kämpfte Lenins Partei auch gegen alle Formen von nationaler und besonderer Unterdrückung – genauso, wie hier die offizielle Diskriminierung und die rassistischen Angriffe auf die Travellers [vergleichbar in ihrer sozialen Stellung den Roma und Cinti] zerschlagen werden müssen.

Wir in der DSYG kämpfen für den Aufbau einer Partei in der Tradition der Bolschewiki, einer revolutionären Partei, die die Arbeiterklasse zum Sturz dieses verrotteten kapitalistischen Systems führen wird. *Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Übersetzt aus Workers Hammer Nr. 128, März/April

Veteran der Roten Armee...

Fortsetzung von Seite 11

nicht falsch, ich habe eine Menge Respekt für diesen Mann. Meine Eltern waren fast seit dem Ausgang des letzten Jahrhunderts Kommunisten, mein Vater seit 1904, meine Mutter seit 1907. Sie hatten großen Respekt für diese politische Persönlichkeit, und sie sind dafür bestraft worden.

Aber in der Politik gibt es Strategie, und es gibt Taktik. Unser Ziel ist die Schaffung einer Union der sozialistischen Sowjetrepubliken. Unser Ziel, unsere Aufgabe – die mächtige Herrschaft der Werktätigen neu zu gründen, frei von den stalinistischen, Gorbatschowschen Verzerrungen. Später wird es uns gelingen, Trotzki zu rehabilitieren und ihm in der revolutionären Bewegung die seiner Autorität entsprechende Position einzuräumen. Ich denke, daß wir diese Vollendung für später aufheben können, wenn die Dinge besser und klarer aussehen.

* * *

In der Diskussion drückte eine Reihe von Sprechern ihre Opposition zur Konzeption des Genossen Michailjuk über eine allumfassende Partei aus. Ein besonders machtvoller Beitrag wurde von einem Bergarbeiterführer gemacht, der aus seiner eigenen Erfahrung herleitete, daß man es auch geradeheraus sagen muß, wenn man die Partei von Lenin und Trotzki aufbauen will. Ein Genosse aus der früheren DDR betonte die leninistische Politik der Einheitsfront – getrennt marschieren, vereint schlagen – im Kampf gegen den Faschismus, und griff die RKRK für ihren „Zusammenschluß“ mit Monarchisten an, was nur der Konterrevolution das Tor noch weiter öffnet. Ein älterer Industriearbeiter zitierte die Opposition der IKL gegen die Konterrevolution der Solidarność 1981 als den „wirklichen Trotzkiismus“, der gebraucht wird, im Gegensatz zu den Schwindlern, die Walesa unterstützt haben.

Der Weg zum Aufbau einer authentisch leninistischen Partei war das Thema einer zweiten Präsentation durch den Genossen Meyers über die Geschichte und die Entwicklung der IKL. Er betonte, daß eine ernsthafte Herangehensweise an den Aufbau einer trotzkistischen Partei sich auf feste programmatische Übereinstimmung bei den zentralen Fragen gründen muß. Dazu gehören die proletarische Opposition gegen Volksfronten und Klassenzusammenarbeit jeglicher Art; eine feste internationalistische Perspektive im Gegensatz zum Hinterherlaufen hinter nationalistischen Kräften, gleich ob Chomeini im Iran, Walesa in Polen oder die „arabische Revolution“; die Verteidigung der Sowjetunion, des Staates, der durch die Oktoberrevolution 1917 geschaffen wurde; politische Revolution, um die stalinistischen Betrüger und ihre durch und durch konterrevolutionären Nachfolger hinwegzufegen.

Der Redner diskutierte außerdem die Perspektive der revolutionären Umgruppierung: die Notwendigkeit, durch einen Prozeß von Spaltungen und Fusionen den Kader zusammenzuschmieden, der heute in einer Reihe von Organisationen zu finden sein mag. Im Vergleich der Geschichte von programmatischer Festigkeit der IKL mit der Verwirrung unter den verschiedenen selbsternannten „trotzkistischen“ und „kommunistischen“ Organisationen betonte er, daß es keine Abkürzungen bei der Gründung einer autoritativen und kompromißlos revolutionären Arbeitermassenpartei gibt. „Was wir tun müssen, ist, uns auf der Basis von fester programmatischer Übereinstimmung zusammenzuschließen“, faßte der Redner zusammen. „Das ist der Weg, die internationalistische Partei aufzubauen, die notwendig ist, um die Sowjetunion auf der Grundlage von Arbeiterdemokratie und einer geplanten, zentralisierten Wirtschaft zu retten und um die rote Fahne des Internationalismus wieder über dem Kreml wehen zu lassen.“

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 545, 21. Februar

Briefe...

Fortsetzung von Seite 2

derfährt. So hat mich Ihr Aufruf tief gerührt, zumal darin endlich jemand die Umbrüche in Ostdeutschland Konterrevolution nennt!

In der Annahme, daß positive Zuschriften Ihnen den Rücken stärken, gratuliere ich Ihnen hiermit aufs Herzlichste.

Mit sozialistischem Gruß
Ihr D. L.

Jüchen, 24. Februar 1992

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich möchte auf diesem Wege Stellung nehmen zu Eurem Artikel „Viertes Reich: Hände weg von Honecker“ in *Spartakist* Nr. 92. Prinzipiell schließe ich mich Eurer Auffassung von der neuen Realität im vereinigten imperialistischen Deutschland sowie bezüglich der BRD-Klassenjustiz in der Tradition der Nazi-Justiz an. Trotzdem erscheint es mir, daß Euer Artikel gewisse Tendenzen aufweist, die nicht unbedingt in die richtige Richtung führen, bzw. von den Bürgerlichen als willkommener Aufhänger für die Diffamierung und Verleumdung der SpAD genutzt werden könnten. Hierbei geht es nicht darum, die Auseinandersetzung mit dem Gegner zu scheuen, sondern darum, daß der Trotzkiismus nicht als etwas anderes erscheint, als das, was er wirklich ist.

Honecker ist für seinen antifaschistischen Widerstand von den Nazis über viele Jahre hinweg eingekerkert worden, eine Tatsache, die jeder ehrliche Kommunist zu würdigen wissen wird, ebenso, wie man kein Stalinist sein muß, um das große Opfer von Ernst Thälmann zu respektieren. Trotzdem haben sich in der Folgezeit Ulbricht, Honecker und Mielke großer Verbrechen gegen die ostdeutsche Arbeiterklasse schuldig gemacht, man denke nur an den 17. Juni 1953. Es ist den Werktätigen der ehemaligen DDR nicht zuzumuten, daß diese Verbrechen ungesühnt bleiben sollen. Die Parole „Hände weg von Honecker“ ist so allgemein formuliert, daß der Eindruck entsteht, die SpAD sähe ihre Aufgabe darin, den Führern des bankrotten Stalinismus bedingungslos Rückendeckung zu geben, und die Blutopfer vieler Trotzkiisten im stalinistischen Machtbereich zu vergessen, wobei ich selbstverständlich davon ausgehe, daß dieser Eindruck nicht richtig ist. Gerade deswegen sollte man ihn vermeiden.

Vor allem der Hinweis auf Rosa Luxemburg, der wohl größten deutschen Revolutionärin, erscheint mir unpassend.

Zwar sind sowohl Luxemburg als auch Honecker Opfer von dem geworden, was man in Deutschland ironischerweise Justiz nennt. Trotzdem sollte man den Kopf einer parasitären bürokratischen Kaste nicht in eine Reihe mit bolschewistischen Revolutionären stellen. Dabei gebe ich Euch völlig recht, daß der bundesdeutsche Justizapparat, der eine einzige Verhöhnung jeglichen Rechtsempfindens darstellt, in keiner Weise kompetent oder berechtigt ist, über Honecker zu richten. Nichts liegt mir ferner, als den antikommunistischen Hexenjägern des Vierten Reiches das Wort zu reden. Es besteht auch kein Zweifel, daß im Falle eines Prozesses Honeckers wirkliche Verbrechen nicht den Gegenstand der Verhandlung bilden würden, sondern die Tatsache, daß er als Staatschef der DDR den Interessen des Imperialismus im Wege stand. Mit ihm würde die ganze kommunistische Bewegung auf der Anklagebank sitzen. Jutta Limbachs Ankündigung, eine Gefängniszelle in Moabit bereitzuhalten, ist ein unmißverständlicher Hinweis darauf, daß der Prozeß schon entschieden ist, bevor er begonnen hat. Man hat also lediglich einen Schauprozeß zu erwarten, ein spektakuläres Justiztheater nach bekanntem Strickmuster unter Mitwirkung der neuen imperialistischen Statthalter in Moskau. Vor diesem Hintergrund ist das Asylangebot Nordkoreas zu begrüßen.

Langfristig aber muß man eine Abrechnung mit dem Stalinismus im Auge behalten, und zwar von seiten der Arbeiterklasse im Zuge einer großen proletarischen Erhebung. Ich würde eine andere Parole vorschlagen: „Bourgeoisie: Hände weg von Honecker! Stalinistische Bürokraten vor ein Arbeitertribunal!“ Da eine revolutionäre Arbeiterjustiz unter den gegenwärtigen Bedingungen wohl kaum zu etablieren ist, muß sich hier sofort der Hinweis anschließen auf die Notwendigkeit, die kapitalistische Klassenjustiz zu zerschlagen, was wiederum in direktem Zusammenhang steht mit einer Revolution, geführt von einer kommunistischen Partei, gerichtet gegen alle Feinde der Arbeiterklasse. Solange die deutsche Rechtsprechung von Faschisten und deren geistigen Nachfolgern beherrscht wird, ist ein Prozeß gegen Honecker unbedingt abzulehnen. Die Werktätigen sollten sich das Recht vorbehalten, ihn für seine Taten zur Verantwortung zu ziehen...

Zum Schluß möchte ich Euch noch sagen, daß ich trotz meiner hier nun geäußerten Kritik mit Eurem im *Spartakist* verbreiteten Programm in wohl allen wesentlichen Punkten übereinstimme und Eure Zeitung auch weiter mit großem Interesse lesen werde. Für Eure weitere Arbeit wünsche ich Euch viel Erfolg.

Mit kommunistischen Grüßen
E. P.

SPD-Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 24

Richter Theodor Seidel, der auch den Vorsitz bei dem ersten Prozeß gegen DDR-Grenztruppen geführt hatte, hatte 1950 die DDR verlassen und war in den 60er Jahren bei sogenannten „Fluchthilfe-Organisationen“ aktiv, die „Flucht“ in den kapitalistischen Westen organisiert haben. Und wie bei den berühmten Terrorprozessen gegen Baader-Meinhof wurde Mielke gezwungen, in einem Glaskäfig zu sitzen, obwohl er kaum aufrecht sitzen konnte und kaum bei Bewußtsein war. Frühere medizinische Untersuchungen hatten ergeben, daß Mielke nicht prozeßfähig ist, aber die Berliner Regierung, die die Krankenhäuser der Stadt finanziert, übte dermaßen Druck aus, daß es zu einer Entscheidung kam, daß man ihm zweimal die Woche jeweils 90 Minuten Prozeß zumuten könne. Womit gewährleistet ist, daß dieses Schauspiel von Prozeßfolter sich über Monate hinziehen

kann oder wenigstens so lange, bis es ihn umgebracht hat.

Wahrscheinlich bietet kein anderer Prozeß so klare und überzeugende Belege für den Anspruch des Vierten Reichs, der Rechtsnachfolger des Dritten Reichs zu sein. Am ersten Tag des Schauprozesses gab es vor dem Gericht eine Protestkundgebung, organisiert von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD) und der brüderlich mit ihr verbundenen Verteidigungsorganisation, Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), mit den Forderungen: „Freiheit für Erich Mielke“, „Hände weg von Honecker und den Grenztruppen“ und „Hände weg von Markus Wolf“, dem früheren Chef der DDR-Auslandsaufklärung.

Mielke ist angeklagt, bei der Erschießung von zwei Berliner Polizisten und der Verwundung eines dritten im August 1931, also vor mehr als 60 Jahren, am Bülowplatz beteiligt gewesen zu sein. Vor dem Hintergrund der Intensität des Klassenkampfes während der Weimarer Republik sind die Bullen im von der SPD regierten Berlin brutal gegen die

**Berlin, 10. Februar:
Spartakisten und KfsV
fordern am ersten Tag
der Fortsetzung des
Nazi-Prozesses gegen
Mielke: „Freiheit für
Erich Mielke!“**



Spartakist

Arbeiterklasse vorgegangen. Beim Massaker des Blutmai von 1929, bekannt als Zörgiebel-Affäre, griffen Berliner Polizisten eine unbewaffnete Arbeiterdemonstration unter Einsatz von Maschinengewehren an, ermordeten 33 Arbeiter und verwundeten 198. Die beiden Polizisten, die erschossen wurden, waren berüchtigt dafür, Arbeiterdemonstrationen dadurch aufzulösen, daß sie in vollem Galopp und mit gezogenem Säbel in die Menge hineinritten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die beiden Polizisten von ihresgleichen erschossen worden sind, wie es später im *Pariser Tageblatt* berichtet wurde (*Berliner Zeitung*, 8./9. Februar). Dies erklärt, warum, nachdem praktisch der Ausnahmezustand verhängt wurde und in der ganzen Gegend großangelegte Polizeiaktionen und Massenfestnahmen durchgeführt wurden, Mielkes Name nie auftauchte. Während der Weimarer Republik wurde nie Anklage erhoben, die Ermittlungen wurden vielmehr *eingestellt*. (Der alte Stalinist hat vielleicht seinen Verstand verloren, zeigte aber durchaus einen Sinn für Ironie, als er im Interview erwähnte, er hätte sich damals damit beschäftigt, Broschüren an die Arbeiter zu verteilen. „Eine hieß zum Beispiel ‚Wie verhält man sich vor Gericht?‘“ [*Berliner Zeitung*, 29. Februar].)

Die Anklagen wurden erst 1934 von einem Nazi-Gericht wiederaufgenommen, im gleichen Saal, in dem der jetzige Prozeß stattfindet. Mielke war bereits in die Sowjetunion geflüchtet. Heute bilden „Aussagen“, die von der Gestapo durch die Folter von „Zeugen“ erpreßt wurden, die aus Konzentrationslagern in den Prozeß geschleppt wurden, die Basis für den jetzigen Prozeß gegen Mielke! Ein Artikel in der *taz* (24. Februar) enthüllte vor kurzem, daß der Prozeß ein Fall von Blutrache seitens der SPD ist. Sie zitiert aus einer Broschüre mit dem Titel „Fall Mielke“, die in den 50er Jahren vom „Ostbüro“ der SPD herausgegeben wurde und „Sühne“ für den „Mord an den beiden sozialdemokratischen Polizeioffizieren ... in einem wiedervereinigten Deutschland“ fordert.

Limbach und Seidel sind der lange Arm der Gestapo! Wie Hermann Gremliza in der Februar-Ausgabe von *konkret* bemerkte:

„Wer vierzig Jahre Nazi-Verbrecher nicht zuletzt deswegen verschont hat, weil sie Kommunisten totgeschlagen haben, hat das dadurch gutzumachen, daß er heute keinen Kommunisten ungestraft davonkommen läßt.“

Hexenjagd gegen alle

• Der allumfassende Charakter dieser Hexenjagd zeigte sich, als nach der von der CDU inszenierten Haßkampagne

gegen den bekannten Autor Bernt Engelmann der Bayerische Rundfunk (der früher den Nazi-Republikaner Schönhuber als Programmdirektor beschäftigt hatte) eine genauso hinterhältige Verleumdungskampagne gegen Engelmanns Kollegen Günter Wallraff vom Zaune brach. Sein Buch über den Rassismus in Deutschland, *Ganz Unten*, hat Welt-ruhm erlangt. Das „Verbrechen“ Engelmanns und Wallraffs war es, die Naziwurzeln von Westdeutschlands Herrschern zu belegen. Wallraff und seine Familie sind jetzt gezwungen worden, unterzutauchen, weil sie Morddrohungen von Nazis erhalten haben.

• Joachim Gaucks Behörde treibt ihr Spiel mit den uferlosen Stasi-Archiven, um eine Stasi-Hexenjagd zu schüren, die heute in der ehemaligen DDR jeden Aspekt des Lebens durchdringt. Zehntausende von Lehrern sind in Ostdeutschland gefeuert worden, dies hat in den Gemeinden zu einem ernsthaften Lehrermangel geführt, und Einstellungen wurden aus Geldmangel gestrichen. Mitarbeiter der Berliner BVG im Osten (früher BVB) werden erbarmungslos verfolgt und gefeuert; empört berichtete ein Personalratsvorsitzender des Straßenbahnhofs Siegfriedstraße über die „Hexenjagd“ gegen Straßenbahnfahrer. Hunderte von hoch geachteten Ärzten und medizinischem Forschungspersonal sind an der Charité, der weltberühmten Lehr- und Forschungsklinik, summarisch entlassen worden. Limbach & Co. behaupten, die lebensrettenden Organtransplantationen seien sadistische medizinische Stasi-„Experimente“ gewesen. Jetzt bringt das Wochenblatt der Hexenjäger, *Der Spiegel*, eine Schauer Geschichte, daß Frühgeburten in Erfurt ertränkt worden seien. Die Wahrheit: während der 60er und 70er Jahre hatten untergewichtige Säuglinge in der DDR eine *bessere* Überlebenschance, und erst mit der Entwicklung einer weiterentwickelten Technologie zur Lebensrettung Mitte der 80er Jahre holte die BRD auf. Im Vergleich dazu haben die monströsen Folterungen und Morde der Nazi-„Medizin“ – trotz mutiger Ausnahmen wie Dr. Theissen, Vorreiter für das Recht auf Abtreibung – ein bleibendes Erbe in Westdeutschland hinterlassen.

• Eine infame „Doping“-Kampagne ist gegen ostdeutsche Sportler, die zu den besten der Welt zählen, in Gang gesetzt worden. Im Augenblick steht besonders die Leichtathletin Katrin Krabbe unter Beschuß, die sich mit der Begründung: „Das ist nicht mein Land“ geweigert hatte, die deutsche Fahne zu tragen, als sie Weltmeisterin über 100 und 200 m wurde. Nachdem jetzt der Deutsche Leichtathletikverband (DLV) Katrin Krabbe und zwei ihrer Teamge-

Fortgesetzt auf Seite 22

SPD-Hexenjagd...

Fortsetzung von Seite 21

fährtinnen für vier Jahre gesperrt hat, kam von Daimler-Benz, dem Hauptsponsor des DLV, die Ankündigung, daß sie ihren Sponsorenvertrag verlängern werden.

- CDU-Politiker haben zu Beginn der diesjährigen Tarifverhandlungen versucht, die Hexenjagd gegen die Gewerkschaft ÖTV zu richten. Der Vorwand: Eine Bitte der Ge-



Der Spiegel

Hexenjagd-Opfer Riege: Von seiner eigenen Partei gejagt

werkschaft, den Streik der Fernfahrer im Jahr 1983 zu respektieren, wurde von sowjetischen Stellen an die DDR weitergeleitet. Die CDUler beschworen die Bilder einer Berlin-„Blockade“, und die jetzige Vorsitzende der ÖTV, Monika Wulf-Mathies, schloß sich der Hexenjagd an und lehnte jegliche Verantwortung ab. Aber die Wahrheit ist, daß die Gewerkschaft dies getan hat, was ihr anzurechnen ist, und zur Ehre von Honecker muß gesagt werden, daß er wiederum der Bitte seine persönliche Zustimmung gegeben hat.

- Die Stasi-Hexenjagd ist inzwischen von Angriffen auf hochrangige ostdeutsche SPD-Politiker wie Brandenburgs Ministerpräsident Stolpe zu Vorwürfen gegen die westdeutschen SPD-Architekten der „Ostpolitik“ übergegangen. Der „Ehren“vorsitzende der SPD, Willy Brandt, mußte neulich einer Potsdamer Versammlung der Brandenburger SPD versichern, daß die SPD-Ostpolitik, die DDR durch den wirtschaftlichen Druck der D-Mark zu unterminieren, eine Vorreiterrolle für die kapitalistische Konterrevolution spielte.

PDS: Pseudolinke machen mit bei Hexenjagd auf sich selbst

Die Hexenjagd hat 1990 angefangen mit der Kampagne von SPD/Bündnis 90 zur Enteignung der PDS und des FDGB. Von Anfang an rief die SpAD zu Einheitsfrontaktionen zur Verteidigung der ganzen Linken und Arbeiterbewegung auf. Statt dessen half die Modrow-Regierung bei der Gründung der Treuhandanstalt, die jetzt dazu benutzt wird, die PDS zu enteignen. (Eine ähnliche Einrichtung existierte, um das enteignete Vermögen in dem von den Nazis besetzten Polen und in der UdSSR während des Zweiten Weltkriegs zu verwalten!) Die PDS händigte ihr Parteivermögen der Treuhand aus und übergab ihre Finanzverantwortlichen der kapitalistischen Polizei und den SPD-Inquisitoren.

Sie stehen im Augenblick im selben Gebäude vor Ge-

richt wie Erich Mielke, und bei ihrem Protest am 10. Februar forderten die SpAD und das KfsV: „Stoppt die Enteignungskampagne gegen die PDS! Einstellung aller Verfahren gegen Pohl, Langnitschke und Kaufmann! Stoppt die antikommunistische Hexenjagd!“ Abgesehen von einem Vertreter der Ernst-Thälmann-Stalinisten der Kommunistischen Partei Deutschlands (*Roter Morgen*) haben alle anderen linken Gruppen den Protest gegen diese obszöne Fortsetzung der antikommunistischen Verfolgung durch die Nazis boykottiert. Sie waren zu beschäftigt damit, dem Vierten Reich durch ihr Mitwirken am antikommunistischen Kreuzzug ihre Loyalität zu bezeugen, wie „kritisch“ auch immer. So veröffentlicht die DKP-Zeitung *UZ* einen Titelartikel über den „Stasi-Feldzug des Kapitals“ (28. Februar), in dem die „volle Solidarität“ mit den Opfern gefordert wird. Doch ihre Frage „Gehört Erich Mielke dazu?“ lassen die *UZ*-Redakteure unbeantwortet. Wie ein Leserbrief in der gleichen Ausgabe zur Knierutscherei der DKP vor der Stasi-Hetze bemerkt: „Dringenden Erklärungsbedarf der DKP würde ich vor allem darüber sehen, was ehemalige Kommunisten ... alles dazu beigetragen haben, den bereits errungenen Sozialismus und die Errungenschaften der kommunistischen Weltbewegung eigenhändig zu ruinieren, dem Imperialismus als mühelose Beute in den Rachen zu werfen...“

Wie die Spartakist-Sprecherin Renate Dahlhaus später sagte: „Man braucht harte Trotzlisten, um die letzten Stalinisten zu verteidigen.“ Obwohl die nationale und internationale Presse breit über diesen Protest berichtete, einschließlich des Londoner *Guardian* und des italienischen *Corriere della Sera* sowie im französischen Fernsehen, war *Neues Deutschland* die einzige Berliner Zeitung, die nichts brachte. Kein Wunder, hatte sich doch *ND* bereits stark für Limbachs Staatsanwälte ins Zeug gelegt, indem es am 5. Februar einen Schmierartikel brachte mit dem Titel: „Bülowplatz 1931: der Beginn einer ‚Karriere‘“. Am Vorabend des Mielke-Schauprozesses geschrieben, erwähnt der Artikel noch nicht einmal, daß die ganzen „Belastungsmaterialien“ vollständig von der Gestapo kommen, erst spätere Artikel tun dies. Statt dessen behauptet der Artikel, daß der „Terrorakt“ gegen die Bullen vom sowjetischen Geheimdienst angezettelt worden sei, und beruft sich dabei auf keine geringere „Autorität“ als Herbert Wehner, den Architekten der „Großen Koalition“ von 1966 mit dem Ex-Nazi Kurt Kiesinger, bei der Wehner Minister für „gesamtdeutsche Angelegenheiten“ wurde! Inzwischen regt sich in den Reihen der PDS Widerstand gegen diese obszöne Hetze, so erklärte die Wilmersdorfer PDS: „Mielke war ein Teil unserer Bewegung. Wenn wir das nicht öffentlich vertreten, werden wir bei den Bürgern kein Vertrauen finden.“

Das Schmierstück im *ND* erwähnt so nebenbei Mielkes Dienst in Stalins Geheimpolizei im Spanischen Bürgerkrieg, wo er an wirklichen Verbrechen gegen die Arbeiterklasse beteiligt war. Der Artikel erwähnt natürlich nicht den Grund: die Ermordung von Linken, einschließlich Trotzlisten, im Namen der „Einheit der Linken“; die Strangulierung einer proletarischen Revolution im Dienst der Volksfront mit den Sozialdemokraten und der sogenannten „demokratischen“ Bourgeoisie – genau die gleichen Gründe, aus denen die PDS die DDR ausverkauft hat und nun die Rolle des Staatsanwalts für die Vendetta der SPD gegen ihre ehemaligen Genossen übernimmt.

Im Brandenburger Landesparlament, wo die PDS eine nicht unbedeutende Fraktion hat, hat ihr Vorsitzender, Lothar Bisky, den Vorsitz im Untersuchungsausschuß über die Stasi-Vorwürfe gegen Stolpe übernommen. Doch wie kriecherisch auch immer die PDS ist, sie wird nicht davonkommen, wie im letzten Monat tragisch bestätigt wurde. Die Hexenjagd richtet sich auch gegen den PDS-Vorsitzenden Gregor Gysi mit dem Vorwurf, er sei „informeller Mit-

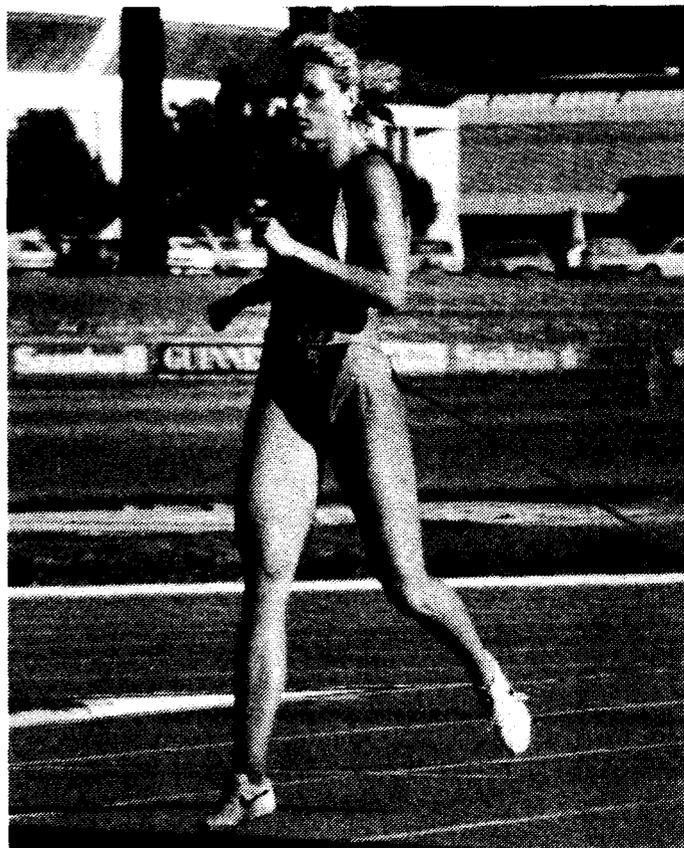
arbeiter“ der Stasi gewesen. Beim Versuch, seinen eigenen Kopf zu retten, hat er die Gauck-Inquisitoren aufgefordert, die gesamte PDS-Bundestagsgruppe auf frühere Stasi-Verbindungen hin zu überprüfen. Dann veröffentlichte die PDS die Ergebnisse, drei Mitglieder wurden benannt. Einer von ihnen war Gerhard Riege, der vor mehr als 30 Jahren auf dem Höhepunkt des Kalten Kriegs einige Berichte für die Stasi geschrieben hat, was er als seine Pflicht zur Verteidigung der DDR ansah.

Aber als ein Opfer der rabiaten Anti-Stasi-Kampagne wurde Riege in den Selbstmord getrieben. Der Abschiedsbrief von Riege ist eine beißende Kritik an der kläglichen Rolle der PDS als loyale Möchtegern-Opposition im Vierten Reich des deutschen Imperialismus. Er schrieb:

„Ich habe Angst vor dem Haß, der mir im Bundestag entgegenschlägt ... von Leuten, die vielleicht nicht einmal ahnen, wie unmoralisch und erbarmungslos das System ist, dem sie sich verschrieben haben. Sie werden den Sieg über uns voll auskosten. Nur die vollständige Hinrichtung ihres Gegners gestattet es ihnen, die Geschichte umzuschreiben und von allen braunen und schwarzen Flecken zu reinigen.“

Aber Riege ist genauso ein Opfer der Hexenjagd in seiner eigenen Partei. Am Wochenende des 14. – 16. Februar mußten PDS-Vertreter öffentliche Veranstaltungen abhalten, um ihre „Vergangenheit“ zu diskutieren. Nach einer solchen Veranstaltung in Erfurt, über die die parlamentarische Geschäftsführerin der PDS-Bundestagsgruppe Ursula Fischer sagte, es sind „in der Hitze der Diskussion Worte gefallen, die verletzt“, ging Riege in seine Gartenlaube und hängte sich auf (*Neues Deutschland*, 17. Februar). Die Jenaer PDS-Bezirksvorsitzende Karin Keschuba benutzte die erschreckenden Worte: „Die menschliche Dimension“ des Problems sei „zum Teil außer acht gelassen worden“ (*taz*, 22. Februar). Dieses Blutopfer konnte die Appetite der hexenjägerischen Geier in Bonn und Berlin nicht befriedigen, es bestärkte nur noch ihre Appetite. Am 24. Februar drangen 100 Bullen in die PDS-Zentrale im Karl-Liebknecht-Haus ein und schleppten 50 Kartons und vier Tresore voller Dokumente, einschließlich Mitgliederlisten, ab, gleichzeitig wurden in sechs weiteren Städten PDS-Büros von der Polizei durchsucht.

Gauck, seine Spezies aus der SPD und „Dissidenten“-Prediger wie Wolfgang Thierse fordern ein „Tribunal“, um die „DDR-Vergangenheit aufzuarbeiten“. Der PDS-Vorstand stimmte dafür, sich mitten hinein zu stürzen. Und die sogenannte „Kommunistische“ Plattform prahlt mit einem Artikel unter dem Titel „Gerhard Riege und wir“ (*Mitteilungen*, Heft 3/1992) schamlos, wenn es um die Hexenjagd in den eigenen Reihen ging, hätte „die PDS ... gegenüber keiner anderen Gruppierung dieses Landes Nachholbedarf“. Die Sozialdemokraten erhalten auch Unterstützung durch den Bund Sozialistischer Arbeiter, der bei den Kommunalwahlen im Mai 1990 die Partei von Thierse und dem früheren Treuhand-Chef Rohwedder und deren Gehilfen Gauck unterstützte. Ihre Vorstellung von der „Abrechnung mit dem Stalinismus“ war es, die Ermordung von irakischen Kommunisten 1978 durch Saddam Hussein zu bejubeln, während sie Geld von den arabischen Potentaten und Obristen annahmen. Jetzt appellieren sie an die „breite Empörung, die in der ostdeutschen Bevölkerung ausgelöst“ wurde, aufgrund des Umstandes, daß in den „Mauerschützenprozessen“ die „eigentlich Verantwortlichen für Mauer und Schießbefehl frei herumlaufen und Karriere machen, während die ‚Kleinen‘ für die Taten der ‚Großen‘ büßen sollen“ (*Neue Arbeiterpresse*, 24. Januar). Aber das war gerade der Zweck der „Mauerschützenprozesse“ und der Forderung eines „Tribunals“: die antikommunistische Hexenjagd zu populistischer Lynchmob-Justiz aufzuheizen.



Hexenjagd gegen Katrin Krabbe, weil sie nicht vor dem Vierten Reich kriechen will

Um es noch einmal klarzumachen, viele der stalinistischen Herrscher und der Geheimpolizisten der früheren DDR waren schuldig wie nur was, was Verbrechen gegen die Arbeiterklasse angeht – doch das geht die heutigen Erben von Hitlers Drittem Reich nichts an. Die Stalinisten werden für die falschen Taten von der falschen Klasse angeklagt. Was 1989/90 als entstehende politische Revolution begonnen hatte, entgleiste durch die massive Intervention des westdeutschen Imperialismus mit seinen Milliarden D-Mark, womit sich die ganze Frage von Justiz der Arbeiterklasse erübrigt.

Von Anfang an warnten die Spartakisten, daß die kapitalistische Wiedervereinigung wirtschaftliche Not, rassistischen Terror und eine antikommunistische Hexenjagd mit sich bringen würde. Heute greifen Nazi-Banden mit ihrem rassistischen Terror immer frecher Flüchtlinge und andere Immigranten an, die Gedenkstätte der Sozialisten und die Grabplatte für Rosa Luxemburg wurde mit antisemitischen Schmierereien und Hakenkreuzen geschändet. Die deutsche Bourgeoisie benutzt diesen Feldzug, um den Kommunismus zu verteufeln, um die ostdeutschen Werktätigen angesichts der verheerenden Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung zu zersplittern, um die Werktätigen auf beiden Seiten der Elbe einzuschüchtern. Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga kämpfen jetzt für die Mobilisierung der sowjetischen Arbeiterklasse, um solch ein konterrevolutionäres Ergebnis in der Sowjetunion zu verhindern. Die McCarthy-Hexenjagd während der 50er Jahre in den USA wurde schließlich durch sozialen Kampf durchbrochen, durch die Bürgerrechtsbewegung. Die wahnwitzige Größenordnung einer Hexenjagd in Deutschland fängt an, eine gesunde Gegenreaktion zu bewirken: eine Umfrage der *Süddeutschen Zeitung* zeigte vor einer Weile, daß sich eine große Mehrheit gegen die obszöne Kampagne für die Auslieferung Honeckers ausspricht. Zu ihrer eigenen Verteidigung muß die Linke und vor allem die Arbeiterbewegung mobilisiert werden, um die Hexenjagd jetzt zu stoppen! ■

SPARTAKIST

Ost und West, Werft- und Metallarbeiter: Streikt zusammen!

Die Werftarbeiter in Wismar kämpfen um ihr Überleben. Nur Arbeiterstaaten ermöglichten es den Frauen, Facharbeiter auf Werften zu werden



SPD: Jobkiller von Hennigsdorf bis zur Ruhr

8. MÄRZ – Seit dem 25. Februar haben die Werftarbeiter die MTW in Wismar „symbolisch“ besetzt, ein paar Tage später besetzten die Arbeiter die Rostocker Neptun- und Warnow-Werften und das Dieselmotorenwerk. Der Kampf der Werftarbeiter hat breite Unterstützung gefunden. Doch eine „symbolische“ Besetzung wird nur einen „symbolischen“ Erfolg bringen. Die Arbeiter, in Werften und ganz Metall, West und Ost, müssen mit harten Bandagen gegen die Abwicklung *aller* Arbeitsplätze kämpfen. Die klassen-

versöhnlerischen Betriebsräte und SPD/DGB-Bürokraten wollen die Wut der Werftarbeiter in Privatisierungspläne ablenken, genau wie beim Hennigsdorfer Stahlwerk – mit der zusätzlichen Debatte über „staatliche Beteiligung“.

Doch in Hennigsdorf verkauften die IG-Metall-Bonzen die Besetzung aus. Was die Stahl- und IGM-Bonzen vereinigte war dies: Sie wollten die Hennigsdorfer Besetzung unbedingt am Vorabend der Stahlrunde vom Tisch kriegen, weil sie das Sprungbrett für einen nationalen Stahlstreik bedeutet hätte – vom Ruhrgebiet bis Eisenhüttenstadt. Dadurch wäre es möglich gewesen, die Arbeitsplätze der Hoesch-Arbeiter wie auch der Hennigsdorfer zu retten, und sie hätten alle eine kräftige Lohnsteigerung und einen

Fortgesetzt auf Seite 6

Hände weg von Honecker, Freiheit für Mielke! SPD-Hexenjagd überzieht Viertes Reich

Eine infame und hysterische antikommunistische Hexenjagd überzieht das wiedervereinigte Vierte Reich des deutschen Imperialismus. Seine Chef-Inquisitoren sind die Berliner SPD-Justizsenatorin Jutta Limbach und ihr Spießgeselle auf Bundesebene, Klaus Kinkel, der ehemalige Chef des BND, der nahtlos aus Reinhard Gehlens Nazi-Spionagedienst hervorgegangen ist. Eifrig mit dabei sind die kleinbürgerlichen Grünen und das ostdeutsche „Bündnis 90“. Sie wollen Rache nehmen für den Sieg der Roten Armee über Nazi-Deutschland und wollen jegliche Erinnerung an die DDR als deformierten Arbeiterstaat ausradieren, der aus den Ruinen des Dritten Reichs aufgebaut wurde. Die Hexenjäger wollen den ehemaligen DDR-Staatschef Erich Honecker,

der mehr als 10 Jahre lang wegen seines antifaschistischen Widerstands in Nazi-Gefängniszellen gesessen hat, in ihre Klauen kriegen. Jetzt wollen sie den schwer Krebskranken aus der chilenischen Botschaft in Moskau herauszerren, um ihn wieder hinter Gitter zu stecken.

Die „Justiz“ des Reichs: Von Freisler und Filbinger zu Seidel und Limbach

Am 10. Februar wurde der 84jährige, schwerkranke ehemalige Chef der ostdeutschen Staatssicherheit in einem noch nie dagewesenen Schauprozeß in einen Berliner Gerichtssaal gezerrt, unter Anklagen, die *aus der Nazizeit* stammen.

Fortgesetzt auf Seite 20